

dass diese 48 Steuererhöhungen nicht wieder ein Steinchen im Getriebe der Firmen sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass z. B. die Handwerker hier im Land bereit sein werden, weitere Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen - und diese brauchen die jungen Leute dringend -, wenn Sie über Ausbildungsplatzabgaben verhandeln wollen.

Meine Damen und Herren, die Handwerker müssen erst einmal wieder Vertrauen fassen. Sie müssen sehen, dass die öffentliche Hand Investitionen tätigt. Sie müssen sehen, dass Bürokratie abgebaut wird. Sie müssen sehen, dass sie nicht durch höhere Mehrwert- und Ökosteuern belastet werden und dass sie nicht durch schlechtere Abschreibungsmöglichkeiten geknebelt werden.

Eigentlich wollte ich in dieser Rede noch ein bisschen auf Herrn Groschek reagieren, aber er redet ja gar nicht. Er hat sich neulich in einer ganzen Rede der Vergangenheit und unserem Altkanzler Kohl gewidmet. Nun habe ich heute in der Ruhrgebietszeitung „WAZ“ gelesen, dass sich die Genossen in Gelsenkirchen und Essen wehmütig an die Zeit unter Helmut Kohl erinnern. Ich zitiere:

„Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ein sozialdemokratischer Kanzler auf einen Schlag mehr soziale Einschnitte verkündet, als es Helmut Kohl in 16 Jahren getan hat.“

(Beifall bei der CDU)

Recht haben diese Genossen im Ruhrgebiet.

Meine Damen und Herren, ich lese, dass nicht einmal der Ministerpräsident im Ruhrgebiet in der Lage ist, seine Basis zu begeistern. Überall herrscht trübe Stimmung. 4.000 Genossen sind aus der SPD ausgetreten. Meine Damen und Herren, hier rächt es sich eben, dass Sie seit 1998 die letzten Kohlschen Reformen ohne Not zurückgenommen haben. Diese Reformen hatten alleamt noch ein hohes Maß an Zumutbarkeit. Ich nenne sie deshalb noch einmal:

Da war der demographische Faktor in der Rentenversicherung: Warum haben Sie ihn zurückgenommen? Jetzt müssen Sie ihn - viel schlimmer - neu einführen. Warum haben Sie die mäßigen Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung zurückgenommen? Warum haben Sie die Eigenbeteiligung bei dem Medikamentverbrauch zurückgefahren? Das war alles nicht nötig. Warum haben Sie dazu dann noch die Körperschaftssteuerreform eingeführt, ...

**Vizepräsident Jan Söffing:** Ich darf bitten, zum Ende zu kommen, Frau van Dinther.

**Regina van Dinther (CDU):** ... die dazu führte, dass große Betriebe in Deutschland jetzt viele Jahre keine Steuern mehr zu zahlen brauchen?

Meine Damen und Herren, das hat alles die SPD zu verschulden. Sie können das auch nicht auf die Weltwirtschaft abwälzen. Sie sind die Reformer hier im Land? Da kann ich nur lachen. Wir sind gerne bereit, zu helfen; aber dann müssen Sie erst einmal anfangen und „in die Pötte kommen“. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau van Dinther. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir damit die **Aktuelle Stunde schließen**.

Wir kommen jetzt zu:

#### **4 Nordrhein-Westfalen braucht eine große Schulreform**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2164

In Verbindung damit:

**Ergebnisse aller PISA-E-Untersuchungen konstruktiv nutzen - Kein Wahlkampf auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/2809

Und:

**Für einen Neuanfang in der Bildungspolitik**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2810

Und:

**"Leistung fördern und fordern" - Taten statt Worte für bessere Bildungschancen der jungen Generation in Zeiten von PISA**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/2811 - Neudruck

Sowie:

**Erste Konsequenzen aus der PISA-Studie - Schritte zu einer umfassenden Reform des Bildungssystems in Nordrhein-Westfalen für mehr Chancengleichheit und Qualität**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/2660

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung  
Drucksache 13/3560

Hiermit gibt dieser Ausschuss die Aufträge gemäß § 25 Abs. 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung zurück.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Speth das Wort.

**Brigitte Speth (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben es gerade bei der Ankündigung des Tagesordnungspunktes gehört: Von allen Fraktionen liegen Anträge vor, die für die Debatte nach PISA von besonderer Bedeutung sind. Wir, die SPD-Fraktion, haben uns zu Beginn unserer fraktionsinternen Debatte vorgenommen, die PISA-Ergebnisse ohne Scheuklappen und ohne Tabus zu bewerten. Das gilt, meine Damen und Herren, für alle Fragen, auch für die Frage der Schulstruktur. Wir haben uns weiter vorgenommen, uns bei der Bewertung der PISA-Ergebnisse an den Siegerländern der internationalen Studien zu orientieren.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)**

Der SPD-Fraktion geht es im Kern um drei Ziele. Das erste Ziel: Mehr Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen. Das zweite Ziel: Wir brauchen bessere Leistungen eines jeden Einzelnen in unserem Bildungssystem. Das dritte Ziel: Eine höhere Qualität aller Bildungseinrichtungen zu erreichen.

Ich möchte aber zu Beginn noch einmal meine Eindrücke, die von vielen Kolleginnen und Kollegen geteilt werden, von finnischen und schwedischen Schulen wiedergeben. Beide Länder gehören zu den Siegerländern der internationalen PISA-Studie. Schon beim Betreten von Schulen in Finnland oder auch in Schweden fallen Ruhe und Ordnung auf - ein äußerer Eindruck, der viel über den inneren Zustand, die innere Verfasstheit und das Klima von Schulen aussagt. Meine Damen und Herren, die Ursache dafür liegt gewiss nicht darin, dass schwedische Schülerinnen und Schü-

ler in der Schule ihre Schuhe gegen dicke Socken tauschen. Vielmehr ist das Schulklima und das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden entscheidend von der Grundphilosophie geprägt: Bei uns wird kein Kind, kein Jugendlicher abgeschoben. Jede Schülerin, jeder Schüler hat individuelle Stärken und Schwächen. Die oberste Aufgabe aller Bildungseinrichtungen in Finnland, Schweden, aber auch in Kanada ist es, die Stärken zu stärken und die Schwächen so weit wie möglich zu beheben. Niemand muss also Angst haben, abgeschoben zu werden. Das erzeugt Selbstbewusstsein, damit auch äußere Ruhe und ein System innerer Ordnung, in dem Lern- und Leistungsbereitschaft selbstverständlicher sind als bei uns.

Die hohe Selektivität des deutschen Schulwesens dagegen prägt das Denken und das Handeln von Lehrerinnen und Lehrern. Dies bitte ich nicht als Vorwurf zu verstehen, sondern lediglich als eine Statusbeschreibung. In keinem Land wird soviel über Heterogenität von Lerngruppen geklagt wie in Deutschland. Jährlich werden allein in Nordrhein-Westfalen ca. 14.000 Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt. Das heißt, sie bleiben bereits sitzen, bevor sie überhaupt in die Schule kommen. Gewiss ist dies als Schutzfunktion gemeint. Aber ist es richtig, Kinder gleich zurückzustellen, anstatt sie mitzunehmen und sie durch Förderung stark zu machen? Ist also der Weg über die flexible Eingangsstufe in der Grundschule nicht einer, der besser für die Kinder und besser für ihre Leistungen ist?

Jährlich schaffen in Nordrhein-Westfalen ca. 80.000 Schülerinnen und Schüler die Versetzung nicht. Dabei wissen wir alle, dass die Nichtversetzung den Schulerfolg in der Regel nicht nachhaltig positiv beeinflusst; von der Ressourcenverschwendung will ich erst gar nicht sprechen. Jährlich wechseln allein in Nordrhein-Westfalen 16.000 Schülerinnen und Schüler die Schulform, in der Regel allerdings nach unten. Jährlich verlassen in Nordrhein-Westfalen mehr als 6 % die Schulen, ohne zumindest den Hauptschulabschluss zu erreichen. Dabei ist der Anteil der ausländischen Jugendlichen besonders hoch.

Die zahlreichen Möglichkeiten, Schüler und Schülerinnen auszusortieren, sind in Deutschland ein Stück Normalität. Spätestens durch die internationale Studie ist klar: Ein Beitrag zur Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems ist das nicht. Bescheinigt werden uns gravierende Mängel und Defizite. Dabei muss vor allem die negative Sozialauslese erschrecken. Wer arm ist, bleibt ungebildet. Erschrecken muss aber auch, dass wir,

was die Leistungsspitze anbelangt, einfach nicht gut genug sind.

Anstatt auszusortieren und nach unten abzuschieben, müssen jede Schule, jede Lehrerin und jeder Lehrer verpflichtet sein, Kinder und Jugendliche so anzunehmen, wie sie sind, ihre Stärken zu stärken und ihre Schwächen zu beheben. Dieser Grundsatz erfordert allerdings nicht nur Umdenken, sondern auch ein Bündel von Instrumenten, die in allen Bildungseinrichtungen und für die dort Beschäftigten Normalität werden müssen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Erstens. Beginnend im Elementarbereich und fortgesetzt in allen Schulstufen und Schulformen wird die gezielte individuelle Förderung konstitutives Element von Bildung und Erziehung. Lehrerinnen und Lehrer müssen bereits in ihrer Ausbildung, spätestens aber durch gezielte Fortbildung lernen, den individuellen Förderbedarf der Kinder zu diagnostizieren. Dabei ist gerade im Elementar- und Grundschulbereich ein besonderes Gewicht auf die Kenntnisse in der deutschen Sprache zu legen. Wer die deutsche Sprache nicht beherrscht, tut sich auch in anderen Lernbereichen schwer. Dies gilt übrigens nicht nur für Migrantenkinder, sondern auch für viele Kinder deutscher Herkunft insbesondere aus bildungsfernen Schichten.

Die Feststellung des individuellen Förderbedarfs ist eine Seite. Die Konsequenz aus der Diagnose muss gezogen werden durch ein Angebot an gezielter Förderung, verbindlich für die Kinder und Jugendlichen in der jeweiligen Schule, damit die Einzelnen den Anschluss nicht verlieren oder wiedergewinnen. Damit müssen die Schulen natürlich mit zusätzlichen Ressourcen für diesen Förderbereich ausgestattet werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es muss uns gelingen, frühzeitig vor allem Sprachschwächen zu beheben - verbindlich für die betroffenen Kinder.

Zweitens. Schulen in problembehafteten Stadtteilen haben es schwerer als andere. Deshalb sind sie nicht per se schlechter als andere; das muss man ausdrücklich betonen. Sie haben eine besonders schwere Arbeit zu leisten. Bei sehr unterschiedlicher Ausgangslage in den Stadtteilen müssen auch die zur Verfügung stehenden Ressourcen für die Schulen ungleich sein. Ungleiches gleich zu behandeln, verstärkt vorhandene Ungleichheiten. Deshalb ist aus unserer Sicht das System der Lehrer- und Ressourcenzuweisung für die Bildungseinrichtungen so umzusteuern, dass

soziale Faktoren dabei ein neuer Aspekt der Bemessungsgrundlage sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Drittens. Im Zusammenhang mit der gezielten individuellen Förderung ist es auch möglich, die hohe Anzahl der Nichtversetzungen deutlich zu reduzieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Schwächen, die die Kinder und Jugendlichen in den einzelnen Fächern haben, werden dann durch gezielte Förderung behoben.

Viertens. Im Zuge der Etablierung dieser gezielten individuellen Förderung ist es nur konsequent, den Schulkindergarten in eine flexible Eingangsstufe der Grundschule zu integrieren, ohne allerdings auf die dort beschäftigten Fachkräfte verzichten zu können.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden für die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulen dringend gebraucht.

Der zweite Teil der PISA-E-Studie macht vor allem deutlich, dass die Spreizung der Leistungsfähigkeit, die man an der hohen Spreizung der Noten zwischen den Bildungsgängen in Deutschland, zwischen den Ländern in der Bundesrepublik, innerhalb der einzelnen Länder ablesen kann, die sogar von Schule zu Schule gleicher Schulform so groß ist, dass kaum mehr vergleichbare Maßstäbe bei der Benotung von Schülerleistungen erkennbar sind.

So würde nach Prof. Klemm beispielsweise ein Gymnasiast in Baden-Württemberg, der dort mit "befriedigend" benotet ist, in Bayern für die gleiche Leistung die Note "ausreichend" oder gar "mangelhaft" bekommen. Diese ungerechte Benotung ist für unser Bildungssystem, das mit Schulnoten Schulabschlüsse und Berechtigungen vergibt, hochproblematisch und nicht tolerabel.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage, ob zentrale Abschlussprüfungen am Ende eines Bildungsgangs zu besseren Leistungen führen, muss aus meiner Sicht in zweierlei Hinsicht beantwortet werden:

Erstens. Zentrale Abschlussprüfungen liefern ein punktuelleres Ergebnis am Ende eines Bildungsgangs und geben, weil sie am Ende stattfinden, keinen Anlass mehr, den individuellen Bildungsweg positiv zu beeinflussen.

Zweitens. Zentrale Abschlussprüfungen jedoch verpflichten Lehrerinnen und Lehrer, auf dieses Ziel hinzuwirken, und geben Orientierung für die Arbeit in der jeweiligen Lerngruppe. Insofern kann ein positiver Druck auf die Lehrenden entstehen, die Schülerinnen und Schüler zielorientiert auf die Abschlüsse vorzubereiten.

Etwas anderes ist es, wenn Standardüberprüfungen im Verlauf des individuellen Bildungswegs mit dem Ziel geschehen, Stärken und Schwächen zu erkennen und daraus entsprechende differenzierte Förderung abzuleiten und für die Betroffenen verbindlich zu machen. Wenn die gezielte individuelle Förderung konstitutiv für die Qualität unserer Bildungseinrichtungen ist, stellt sich zwangsläufig die Frage nach den Standards, insbesondere nach Mindeststandards.

Dies gilt umso mehr, als die Selbstständigkeit von Schulen erklärtes Ziel der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik ist. Die Selbstständigkeit von Schulen darf nicht dazu führen, dass Schulen untereinander noch schwerer vergleichbar sind, als dies ohnehin der Fall ist.

Die gezielte individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen setzt voraus, dass Erzieherinnen und Erzieher ebenso wie Lehrerinnen und Lehrer wissen, wo genau sie ansetzen müssen. Dies setzt wiederum voraus, dass klar sein muss, wann welche Standards in den einzelnen Fächern und in verschiedenen Altersstufen und Jahrgangsstufen erreicht sein sollen. - Daraus leite ich drei Konsequenzen ab.

Erstens. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Erarbeitung bundesweiter Mindeststandards. Von den Schulen wird gefordert, diese Standards regelmäßig zu überprüfen. Diese Überprüfung dient nicht dem Zweck, Schülerinnen und Schüler "herauszuprüfen", sondern hat das Ziel, den Förderbedarf festzustellen und entsprechend zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Einzelfall wird es auch notwendig sein, mit einzelnen Schülerinnen und Schülern und/oder deren Eltern Zielvereinbarungen zu schließen, die deutlich machen, was von den Jugendlichen gefordert wird und wie gefördert wird. Gleichzeitig kann übrigens ein solches Ergebnis schulintern feststellen, ob es bezogen auf eine Klasse oder ob es bezogen auf eine Kollegin oder einen Kollegen so etwas wie "Ausreißer" gibt. Diese sind natürlich dann in einem schulinternen Prozess nicht nur darauf hinzuweisen, sondern die Ursache muss gefunden und die Schwäche muss schulintern behoben werden.

Zweitens. Landesweite Überprüfungen in geeigneten Zeitabständen können wichtige Indikatoren für die Qualität der ganzen Schule sein. Auch hier gilt, dass bei signifikanten Abweichungen mit der jeweiligen Schule nach Ursachen gesucht wird, Abhilfe geschaffen wird und ggfs. auch harte Zielvereinbarungen getroffen werden.

Mein dritter Punkt - er steht bewusst am Ende dieser Kette -: Zentrale Abschlussprüfungen in geeigneter Form sind vor dem Hintergrund der selbstständigen Schule aus meiner Sicht notwendig. Sie sind ein wichtiges Element für die Vergleichbarkeit von Abschlüssen untereinander.

Meine Damen und Herren, Chancengleichheit ist das wichtigste Ziel unserer Bildungspolitik. Weil die PISA-Studie uns bei der Erreichung dieses Ziel nicht gerade Bestnoten gegeben hat, haben wir, die Koalition, uns entschieden, die offene Ganztagsgrundschule einzuführen. Wir haben darüber hier im Plenum bereits mehrmals diskutiert. Ich verweise deshalb auf die Debattenbeiträge. Hier nur so viel:

Seit geraumer Zeit ist auch die CDU so weit, sich zur Ganztagsgrundschule zu bekennen. Das hat ja auch lange genug gedauert. Aber ich bin froh, dass wir im Ziel inzwischen einig sind. Über den Weg dorthin gibt es noch Streit. Ich hoffe, es ist ein produktiver Streit.

Wir werden die offene Ganztagsgrundschule einführen, und zwar Schritt für Schritt. Wir sind sicher, dass wir durch die Einbeziehung insbesondere von Horten, aber auch von anderen Einrichtungen mit ihrer jeweiligen Professionalität qualifiziertes Personal gewinnen, das die Voraussetzung für eine neue Qualität von Grundschule im Sinne des Hauses des Lernens bietet.

Ich habe allerdings eine Bitte an die CDU-Fraktion. So wie ich Herrn Koch nicht tadelte, weil er nur 5.000 € pro Schule für den Ganztagsgrundschule zur Verfügung stellt - er ist ja auf einem richtigen Weg -, diffamieren Sie bitte nicht unsere Ganztagsgrundschule als Billiglösung. Sie wissen genau: Sie ist es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf mich in diesem Zusammenhang auf den Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes berufen, der gesagt hat: Zwischen Nordrhein-Westfalen und Hessen liegen, was den Ganztagsgrundschule angeht, allerdings Lichtjahre, und das zugunsten von Nordrhein-Westfalen.

Die Frage nach dem Bildungssystem an sich stellt sich auf der Basis der internationalen Studien gleichsam von selbst. Die Siegerländer haben in-

tegrierte Schulen, verbunden mit einem hohen Grad an innerer Differenzierung. Also liegt die Frage, ob wir es uns denn leisten können, im Sekundarbereich I vier Schulformen nebeneinander zu haben - dabei habe ich die Sonderschulen ganz außen vorgelassen -, auf der Hand.

Gleichermaßen stellt sich die Frage, ob unser System der gymnasialen Oberstufe überhaupt noch leistungsfähig ist - leistungsfähig in dem Sinne, dass qualifizierte Abiturienten entlassen werden, dass das Angebot in der Oberstufe modernen Anforderungen genügt und dass ernsthaft auf die Universität vorbereitet wird.

Beide strukturellen Fragen bekommen angesichts der demographischen Entwicklung eine besondere Bedeutung. Ich will dem Parteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen nicht vorgreifen. Er wird das entscheiden. Deshalb bemühe ich eine Formulierung von Prof. Baumert nach dem zweiten Teil der PISA-E-Studie. Er sagte: Dass das deutsche Schulsystem die im internationalen Vergleich große Leistungstreuung selbst erzeuge oder zumindest verstärke, liege auch an institutionellen Differenzierungen, die im Interesse der Förderbedingungen eher zurückgenommen denn verstärkt werden müssten. Ich füge hinzu: Herr Baumert hat absolut Recht.

Positiv, Herr Rüttgers, bewerte ich das Angebot der Zusammenarbeit, das Sie gestern gemacht haben. Mein Kollege Manfred Degen wird sich mit den zwölf Konditionen genauer auseinander setzen. Ich wünsche und hoffe, dass das Angebot nicht "vergiftet" ist, sondern dass es ernst gemeint ist. Vielleicht gelingt es uns tatsächlich, bei allem Respekt vor den Unterschiedlichkeiten der Fraktionen Gemeinsamkeiten zu finden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Speth. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Dr. Rüttgers das Wort.

**Dr. Jürgen Rüttgers (CDU):** Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! In unseren Schulen entscheidet sich die Zukunft unseres Landes. Dieser Satz mag für den einen oder anderen eine Banalität sein. Aber natürlich enthält er auch ein Stück Weisheit. Eins jedenfalls ist klar: Wenn wir in der Bildungspolitik dieses Landes so weitermachen wie bisher, dann wird es eine schlechte Zukunft sein. Es muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Frau Kollegin Speth, so viel sei im Hinblick auf die Bemerkung, die Sie am Schluss gemacht haben, gesagt: Es fällt manchmal unglaublich schwer, wenn man zur Zusammenarbeit bereit ist, sich im Interesse unserer Kinder von denjenigen, die für den jetzigen Zustand die Verantwortung tragen, Vorschläge machen zu lassen, wie man da wieder herauskommt. Das fällt ungeheuer schwer.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir haben uns entschieden, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass die Situation in unseren Schulen und damit die Situation für unsere Kinder besser wird.

Von einer Lehrerin in einer Hauptschulklasse mit 29 Schülern - darunter ein irakischer, zwei italienische, drei tunesische, ein griechischer, zwei albanische und vier türkische Jugendliche - weiß ich, dass sie zumindest keine Zeit hat, über Bildungstheorien zu diskutieren. Sie ist froh, wenn der Unterricht überhaupt stattfindet. Sie hat kaum Chancen, die Lernschwierigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler auch nur wahrzunehmen, geschweige denn sie zu beheben. Nirgendwo werden die sozial Schwachen so wenig gefördert wie in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Viele Schulabgänger können nicht lesen, rechnen und schreiben. 12 % verlassen die Hauptschule ohne Abschluss. Es gibt zu wenig individuelle Förderung. Wir haben zu große Klassen. Es gibt zu wenig Lehrer. Die Sitzbleiberquote ist erschreckend hoch. In vielen Hauptschulen wird eine komplette Klasse für die Rückläufer aus den Gymnasien und Realschulen eingerichtet. Die Schulgebäude sind in einem teilweise jämmerlichen Zustand, ja in einem gesundheitsgefährdenden Zustand. Die Ausstattung mit Lernmaterialien ist beschämend. 30 Atlanten für 90 Schüler einer Jahrgangsstufe sind keine Ausnahme. An den Kopierern, wenn sie denn funktionieren, stehen Schüler und Lehrer Schlange.

Für Migrantenkinder ist die Wahrscheinlichkeit hoch, die Schule als Analphabeten zu verlassen. Wie spricht man Deutsch in der Stufe 8 einer Schule am Rande einer nordrhein-westfälischen Großstadt? - "Hol' mal Buch!" - "Gib' mal Bleistift!" - "Ich geh' mal Kiosk." Das bescheidene Ziel eines aktiven Wortschatzes von 700 deutschen Worten ist an vielen nordrhein-westfälischen Schulen ein schöner Traum.

Die Lehrbücher passen sich dem Niveau bereits an: viele Bilder, wenig Text, Sprechblasen nach

Comicmanier, Gebrauchstexte ohne literarischen Anspruch, Lückentexte, in die man nicht einmal hineinschreiben darf, weil nicht genügend Bücher vorhanden sind.

Das alles zeigt: An unseren Schulen herrscht weitgehend Notstand. Nach PISA kann das auch niemand mehr leugnen.

Deshalb sage ich: Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine große Bildungsreform, und zwar jetzt und nicht irgendwann später, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mir vorgenommen, heute Morgen nicht darüber zu reden, wer schuld an dieser Lage ist. Ich will auch nicht darüber streiten, wer unseren Kindern Zukunftschancen genommen hat. Ich will in dieser Debatte wissen, ob es eine Chance gibt, in NRW einen bildungspolitischen Neuanfang zu machen.

Deshalb begrüße ich, wenn die Landesregierung über zentrale Abschlussprüfungen nachdenkt. Aber es ist falsch, dies mittelfristig zu tun. In der Frage zentraler Abschlussprüfungen gibt es nach PISA kein Erkenntnisdefizit mehr. Es gibt nur eine Handlungsnotwendigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Es ist richtig, wenn sich die Landesregierung von der Kuschelpädagogik verabschieden will. Aber es geht nicht, wenn sie gleichzeitig die Schulkindergärten zugunsten einer jahrgangsübergreifenden Schuleingangsphase abschafft. Ohne signifikante Personalaufstockung, ohne Klassenverkleinerungen können Kinder, die nicht schulfähig sind, im normalen Klassenverband nicht gefördert werden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist richtig, wenn auch für die Landesregierung die Beherrschung des Deutschen die entscheidende Voraussetzung für den Schulerfolg von Migrantenkindern ist. Aber es ist falsch, frühzeitige Sprachtests und vorschulische Sprachkurse nicht zur allgemeinen Pflicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist richtig, wenn die Landesregierung die Förderangebote für benachteiligte und leistungsschwache Schüler an Haupt- und Gesamtschulen stärken will. Aber es ist reiner Aktionismus, wenn sie dafür jetzt ein paar befristete Stellen aus dem Zeitbudget hin- und herschiebt. Löcher dadurch zu stopfen, dass man andere Löcher aufreißt, ist

keine konsequente Bildungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es ist richtig, wenn die Landesregierung den Aufbau eines flächendeckenden Ganztagserschulsystems für erforderlich hält. Aber es ist falsch, wenn sie die Mogelpackung "offene Ganztagschule" einführt.

(Beifall bei der CDU)

Es ist richtig, wenn die Landesregierung die Schulen in die Mündigkeit entlassen will. Aber es ist falsch, wenn ein Modellprojekt ohne die nötigen Ressourcen gestartet wird und die übrigen Schulen weiter mit der kultusbürokratischen Flut von Erlassen und Verordnungen erstickt werden.

(Beifall bei der CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, wenn die SPD endlich über eine neue Bildungspolitik nachdenkt. Aber es kann nicht sein, über eine neue Bildungspolitik nachzudenken und gleichzeitig die eigene Regierung dabei zu unterstützen, das Gegenteil von dem zu tun, was man auf Parteitag demnächst einmal beschließen will. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der CDU)

Und auch das sage ich, denn wenn wir heute über dieses Thema reden, ist das natürlich auch ein Stück eine Stunde der Wahrheit: Wenn Sie ankündigen, dass Sie eine neue Bildungspolitik machen wollen, dann dürfen Sie unseren Antrag vom 14. Januar 2002 heute nicht ablehnen. Mit diesem Antrag haben wir zum ersten Mal versucht - vor weit mehr als einem Jahr -, hier erste Konsequenzen aus den PISA-Erfahrungen und -Erkenntnissen vorzulegen. Diesen Antrag heute abzulehnen und das in drei Monaten auf dem eigenen Parteitag zu beschließen, ist keine konsequente Bildungspolitik und unglaublich.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich erfordern große Reformprojekte ein hohes Maß an politischem Konsens. Nur dann sind folgerichtige Schritte entlang einer klaren Linie möglich. Andernfalls bleibt die Reform in unkoordinierten Dauerbaustellen, hektischen Ad-hoc-Maßnahmen und halbherzigen Modellprojekten stecken.

Nach meinem Eindruck ist die Landesregierung gegenwärtig dabei, genau dieser Gefahr zu erliegen. Das darf nicht passieren. So etwas wollen wir nicht. Wir wollen vielmehr, dass Nordrhein-Westfalen wieder in die Spitze der ersten Bil-

dungs-Bundesliga aufsteigt. Das Land darf in Bildungsangelegenheiten nicht weiter absteigen.

Meine Fraktion ist zur Zusammenarbeit bereit. Wir wollen unsere Schulen in Ordnung bringen. Deshalb sind wir - hier wiederhole ich mich -, obwohl das manchmal wirklich schwer fällt, auch willens, nach Punkten zu suchen, bei denen ein Konsens möglich ist. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass diese Debatte auf einer neuen und sachlichen Grundlage geführt und entschieden werden muss. Um die Wiederbelebung von ideologischen Grabenkämpfen der Vergangenheit geht es nicht und darf es nicht gehen.

Ich bin außerdem davon überzeugt, dass sich in einer sachlichen Debatte die Einsicht in die Überlegenheit eines sinnvoll gegliederten Systems mit vielfältigen Zugängen zu mittleren und höheren Abschlüssen durchsetzen wird. Für eine nicht mehr ferne Zukunft mit dramatisch zurückgehender Bevölkerung und viel weniger Schülern heißt das: Wir müssen weg von den großen Einheiten und hin zu kleinen Systemen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion ist bereit, ihren Beitrag zu einer großen Bildungsreform zu leisten. Diese Reform muss aber jetzt und nicht erst irgendwann später beginnen. Die Kinder, die heute zur Schule gehen, haben einen Anspruch auf bessere Bildungschancen - und nicht erst zukünftige Generationen.

Ich werde Ihnen zwölf Punkte nennen, mit denen die CDU-Fraktion eine Antwort auf PISA gibt. Hier sehe ich nach Bewertung der verschiedenen heute zur Abstimmung stehenden Anträge Konsensmöglichkeiten. Eine weitere kontroverse bildungspolitische Debatte über Ziele und Wege wird dadurch nicht ersetzt. Es gibt aber Punkte, mit denen man jetzt anfangen kann. Ich finde, dazu sind wir verpflichtet.

(Beifall bei der CDU)

Erstens. Wir wollen mehr Lehrer. Der eklatante Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen führt zu massenhaftem Unterrichtsausfall. Unsere Kinder haben einen Anspruch auf Unterricht. Das Land darf sie dabei nicht im Stich lassen.

Zweitens. Wir wollen kleinere Schulklassen. Lernfreundliche Schulklassen sind in der Regel kleine Klassen. Wer Klassen so groß macht, dass Lehrer keine Zeit mehr für den einzelnen Schüler haben, darf nicht über soziale Selektivität, Sitzenbleiber und Schulversagen jammern.

Drittens. Die CDU tritt für eine bessere vorschulische Förderung ein. Wir brauchen Bildungs- und Erziehungspläne für die Kindergärten, damit dort besser als bisher auf die Schule vorbereitet werden kann.

Viertens. Alle Schüler müssen Deutsch sprechen. Wer Kinder einschult, die nicht ausreichend Deutsch können, muss in der Debatte über Zuwanderung und Integration schweigen. Die Sprachfähigkeit aller Kinder muss im vierten Lebensjahr geprüft werden. Defizite müssen bis zur Einschulung verpflichtend aufgearbeitet werden. Das haben wir in diesem Landtag schon gemeinsam festgestellt. Dieser Beschluss muss umgesetzt werden.

Fünftens. Lesen, Rechnen und Schreiben sind in der Grundschule ein Muss. Jedes Kind muss am Ende der Grundschule lesen, rechnen und schreiben können.

Sechstens. Wir brauchen einen klaren Fächerkanon und einen klaren Bildungskanon. Die Lehrpläne müssen entfrachtet werden. Der Fächerkanon muss sich in allen Schulformen an einem klaren Bildungsauftrag hin zu einer fundierten Allgemeinbildung orientieren.

Siebtens. Wir wollen, dass unsere Kinder in zwölf Jahren zum Abitur kommen. Verbesserte Leistungsfähigkeit der Grundschulen, klarer Fächerkanon, entfrachtete Lehrpläne und ausreichende Unterrichtsversorgung erlauben eine Schulzeitverkürzung.

Achtens. Wir brauchen aus pädagogischen, sozialen und familienpolitischen Gründen ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Ganztagsssystem. Die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung so genannte offene Ganztagschule ist keine Ganztagschule.

Neuntens. Die CDU tritt für klare Leistungsstandards ein. Die klare Bestimmung von Anforderungsniveaus ist laut PISA die Voraussetzung erfolgreichen Lernens in allen Fächern.

Zehntens. Wir wollen zentrale Abschlussprüfungen an allen weiterführenden Schulen. So gelingen die Einhaltung von Leistungsstandards und die Vergleichbarkeit von Schulerfolgen.

Elfens. Alle Schulen müssen vom Gängelband der Kultusbürokratie befreit und in mehr Selbstständigkeit entlassen werden. Leistungsstandards und Ergebniskontrolle treten an die Stelle des Verwaltungs- und Erlassunwesens.

Zwölfte. Schülerinnen und Schüler sollen in Schulgebäuden sitzen, in denen Lernen Freude

und nicht krank macht. Der Investitionsstau von 5 Milliarden € muss in den nächsten zehn Jahren durch höhere Zuweisungen an die Kommunen abgebaut werden.

Das sind unsere Mindeststandards. Auf sie können wir uns verständigen - wenn es nach uns geht, schon hier und heute.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, noch vor wenigen Wochen haben Sie erklärt, alles sei in Ordnung. Ich wiederhole, dass ich es begrüße, wenn die SPD jetzt ihre Bildungspolitik neu formuliert. Unabhängig vom Ausgang dieser Diskussion wird es aber ohne klare Ziele und Meilensteine unsere Zustimmung nicht geben. Sie haben es jetzt in der Hand, die notwendigen Schritte einzuleiten. Fangen Sie damit an. Unsere Kinder dürfen nicht länger unter der Situation in unseren Schulen leiden.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es bei der heutigen Grundsatzdebatte über PISA, über die Konsequenzen und die zukünftigen Anforderungen an unser Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen wahrscheinlich mit der letzten großen Chance zu tun, feststellen zu können, ob wir in wesentlichen Fragen über die Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsam vorgehen können, um Bildung in der Sache in Nordrhein-Westfalen nach vorne zu bringen. Die Zeit der ideologischen Grabenkämpfe - das sage ich ganz ausdrücklich - muss vorbei sein. Es geht um an der Sache orientierte Lösungen zum Wohle der Schüler, der Jugendlichen, der Eltern, der Lehrer wie im Übrigen aller am Bildungswesen Beteiligten in unserem Land.

Eine weitere Vorbemerkung: Ich habe es als wohlthuend empfunden, dass sich die SPD in den letzten Tagen bereit erklärt hat, in der Bildungspolitik in wesentlichen Fragen eine Kurskorrektur vorzunehmen. Das ist nötig. Die Bereitschaft zur Kurskorrektur wird die Voraussetzung dafür sein, dass wir sachgerechte Lösungen bewerkstelligen, und zwar auch an den Stellen, an denen das in der Vergangenheit nicht möglich gewesen ist.

Wenn wir uns gemeinsam darauf verständigen, dass Leistung kein Igitt-Wort ist und wir individuelle Förderung für alle Schüler in gleicher Weise - also für die mit besonderen Lernschwächen, die ein Anrecht darauf haben, in besonderer Weise

die Zuwendung der Schule zu erfahren - realisieren und umgekehrt besondere Begabungen gefördert werden, statt sie verkommen zu lassen, Leistung im Bildungswesen an und für sich also wichtig ist und man sich nicht schämen muss, sie transparent zu dokumentieren, haben wir einen wesentlichen Fortschritt in der bildungspolitischen Debatte getan, den wir allerdings in den letzten Jahren in der bildungspolitischen Debatte hier im Landtag nicht haben feststellen können.

In Analogie zu den Kernpunkten, die Jürgen Rüttgers gerade vorgetragen hat, gibt es für uns als FDP-Landtagsfraktion einen Mindestanforderungskatalog. Wir erwarten, dass der sachgerechten Lösung von Problemen wegen Bereitschaft zum Handeln aller Fraktionen besteht. Darüber hinaus geht es um Wünsche und die Formulierung eigener Positionen, von denen wir den größten Schwung für das Bildungswesen erwarten.

Es gibt fünf wesentliche Kernpunkte, die alle Fraktionen in gleicher Weise beschäftigen müssen, weil sie die Zukunftschancen der jungen Generation beschreiben:

Erstens. Es geht um das Bestreben des Landtags, einen verbindlichen Bildungsauftrag eines gebührenfreien Kindergartens im vorschulischen Bereich zu beschreiben.

Zweitens. Es geht darum, endlich den früheren Einstieg in schulische Lernprozesse mit einem schnelleren Durchlauf und Ende von Erstausbildungszeiten und damit mehr Freiräume für die Bedeutung des lebenslangen Lernens zu schaffen, das sich in den Folgejahren anschließt.

Drittens. Es geht um bedarfsgerechte Ganztagsangebote für alle Schulformen im fairen Wettbewerb.

Viertens. Es geht um mehr Vergleichbarkeit und Transparenz durch ein Schulranking und standardisierte Abschlussprüfungen für jeden Bildungsgang.

Fünftens. Es geht schließlich um eine individuelle Förderung aller Schüler, und zwar sowohl für Problemzielgruppen am einen Ende der Skala wie für die Breite, aber auch für die Förderung besonderer Begabungen.

Um ein solches Programm für einen Neustart in der Bildungspolitik auf den Weg zu bringen, brauchen wir einen grundlegenden Mentalitätswechsel in unserer Gesellschaft, eine neue Prioritätensetzung zugunsten von Bildung.

PISA ist ja nicht die einzige Untersuchung, die sich mit Leistungsdefiziten im Bildungsbereich be-



schäftigt, sondern reiht sich nahtlos ein in eine Reihe internationaler Vergleichsstudien, die unseren Absolventen gravierende Kenntnis-mängel attestieren. Innerhalb Deutschlands - auch das wissen wir aufgrund der PISA-Nachuntersuchungen - fällt die Bildungsqualität Nordrhein-Westfalens Besorgnis erregend hinter den Bundesdurchschnitt zurück.

Unterrichtsausfall, Stundenkürzungen, fachfremd erteilter Unterricht, Lehrermangel und Standardabsenkungen haben einen traurigen Rekord erreicht. Während der letzten zehn Jahre hat sich die Bildungsversorgung in unserem Land deskriptiv betrachtet ganz objektiv verschlechtert.

Die Bildungsqualität nordrhein-westfälischer Abiturienten ist ebenfalls gesunken. Deshalb besteht dringender Handlungsdruck, sich für alle Bildungsgänge zu überlegen, wie wir zu einer Verbesserung der Qualität kommen - im Interesse der Schüler unseres Landes. Es kann und darf zukünftig kein Indikator mehr sein, wie viele formal auf dem Papier vorhandene hochwertige Bildungsabschlüsse testiert werden, die aber in Wahrheit nicht mehr das an Leistungen und Qualität repräsentieren, was auf diesem Blatt Papier notiert ist. Deshalb geht es uns um eine tatsächliche Qualität, einheitliche Standards und natürlich am Ende jedes Bildungsgangs auch um ein ehrliches, offenes und transparentes Evaluationsverfahren, um festzustellen, wie es wirklich um die Leistungen bestellt ist.

Wir setzen deshalb der in weiten Teilen in den letzten Jahren konzeptionslosen Politik unserer Landesregierung eine nachhaltige Qualitätsoffensive entgegen, um die Politik der eingeschlafenen Hand in der Bildungspolitik zu beenden. Schule muss sich für uns als FDP-Landtagsfraktion dabei sowohl an der Wissensvermittlung ausrichten wie auch in gleicher Weise den Erziehungsauftrag im Blick haben. Beides sind zwei Seiten einer Medaille, die sich ergänzen und gegenseitig bedingen.

Wir brauchen bei den Schlüsselqualifikationen höhere Anforderungen. Wir brauchen eine bessere Sozialkompetenz. Auch bürgerschaftliches Engagement, Teamfähigkeit und andere Sekundärtugenden müssen Eingang in unsere Schulzeugnisse und den Unterrichtsalltag an den Schulen erhalten. Mit der Politik, wie sie die FDP im Bildungsbereich gestalten möchte, erhält Bildung in Nordrhein-Westfalen wieder den Stellenwert in der Landespolitik, den sie verdient. Deshalb zeige ich Ihnen auf, wie wir uns als FDP-Landtagsfraktion ein Bildungswesen vorstellen, wie wir es uns wünschen, wie unsere Leitlinien für

den Neustart, der nach PISA erforderlich ist, aussehen:

Wir müssen alle Kräfte des Landes und in der Haushaltspolitik, wo man es sieht und wo es wirksam wird, auf Bildung konzentrieren.

Wir brauchen sowohl in materieller Hinsicht wie auch beim Personal mehr Ressourcen, damit Schulen ihren Auftrag sachgerecht erfüllen können.

Wir wollen Schulen bei landesweiten Qualitätsvorgaben mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit ermöglichen, sie von unnötiger bürokratischer Gängelung befreien.

Schulen bekommen nach unserer Vision weitgehende Personal- und Budgethoheit, organisatorisch weit über das hinausgehend, was in der Vergangenheit unter dem Stichwort "Selbstständige Schule" diskutiert worden ist.

Jede Schule soll irgendwann an dem Punkt sein, wo sie selber frei entscheidet, welche Lehrer sie einstellen und in welchem Umfang sie Praktiker aus der Arbeitswelt integrieren möchte, damit diese im Unterrichtsalltag mitwirken.

Die Vergütung von Lehrern muss sich an Leistung anstelle von Berufsjahren orientieren, um den Handlungsspielraum von Schulen zu erweitern. Zur durchgreifenden Modernisierung von Unterrichtsmitteln sind andere rechtliche Änderungen erforderlich, beispielsweise im Steuerrecht, um hier stärker durch Bildungssponsoring Ressourcen externer Dritter zu mobilisieren.

Zweitens. Wir brauchen vom Grundsatz her dringend eine gezielte frühere Förderung und eine frühere Einschulung mit fünf Jahren. Für die meisten nordrhein-westfälischen Schüler beginnt die Bildungsvermittlung erst mit über sechseinhalb Jahren. Erfahrungen aus dem europäischen Ausland belegen: Das ist entschieden zu spät! Die FDP wird daher bereits die Phase der Elementarerziehung nutzen, um kindliche Fähigkeiten stärker als bislang zu entwickeln und erste Basiskenntnisse zu vermitteln.

Um wegen seiner pädagogischen Bedeutung Hürden für den Kindergartenbesuch zu nehmen, ist auf Elternbeiträge zukünftig zu verzichten. Die Mehrbelastungen für Kommunen und Länder müssen im Rahmen einer Neuregelung des Länderranzausgleiches kompensiert werden.

Für uns ist wichtig, dass wir eine der Reife und dem Entwicklungsstand des Kindes entsprechende frühere Einschulung im Regelfall anstreben. Eine allgemeine Schulfähigkeitsprüfung mit fünf Jahren

könnte feststellen, ob ein früherer Schulbeginn tatsächlich in der Breite möglich ist.

Drittens. Wir müssen Ganztagsangebote konsequent ausbauen. Schulische Ganztagsangebote an allen Schulformen im fairen Wettbewerb sind essenzielle Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Förderung wie für die Betreuung von Jugendlichen.

Unser Land könnte damit dem berechtigten elterlichen Interesse nach schulischen Ganztagsangeboten stärker Rechnung tragen, als es bislang der Fall war. Viele Eltern und Schüler suchen Ganztagslösungen, damit es am Nachmittag eine verlässliche Erziehung und Betreuung gibt. Andere Zielgruppen haben ganz andere Anforderungen. Dort brauchen wir längere Unterrichtszeiten, eine zusätzliche pädagogische schulische individuelle Förderung, um Leistungsdefizite zu kompensieren oder stärker zu fördern.

Die FDP realisiert ein der elterlichen Nachfrage entsprechendes flächendeckendes schulisches Ganztagsangebot im fairen Wettbewerb der Schulformen. Das schulrechtliche Ganztagsprivileg der Gesamtschulen ist schnellstmöglich abzuschaffen. Einen erzwungenen Ganztagsbetrieb wird es mit der FDP auch nicht geben.

Ganztagschulen müssen Angebotsschulen sein, für die sich Eltern und Schüler mit Beginn der Grundschulzeit, aber auch darüber hinausgehend im weiterführenden Bereich, frei entscheiden. Es ist ein zentrales Problem im aktuellen Modellvorhaben der Landesregierung zur offenen Ganztagschule, dass es nur für den Grundschulbereich gilt. Die Ganztagsbetreuung wird verstärkt nach unseren Vorstellungen in den Schulen organisiert. Die verschiedenen Fördertöpfe der Landesregierung werden zusammengefasst, um hier für einheitliche und transparente Förderrichtlinien zu sorgen.

Die Kritik, die wir in den letzten Wochen am Modellprogramm der offenen Ganztagschule geäußert haben, ist berechtigt, denn es handelt sich - das ist der Kernpunkt unserer Kritik - in Wahrheit nicht um eine offene Ganztagschule, sondern alleine um Betreuungsregelungen. Ob man das will oder nicht, kann man politisch diskutieren. Dies unter dem Stichwort Ganztagschule zu verkaufen, ist ein Etikettenschwindel.

Durch meine Vorredner ist deutlich gemacht worden, man dürfe dieses Programm "offene Ganztagschule" nicht als Billiglösung bezeichnen. Wir als FDP würden das niemals tun. Es kommt die Kommunen vor Ort sehr teuer, wenn sie sich dar-

an beteiligen. Von Billiglösung kann man in der Tat nicht reden.

(Bernd Flessenkemper [SPD]: Sie widersprechen sich selbst!)

Viertens. Wir brauchen Leistungsverbesserungen für alle Schulformen und alle Bildungsgänge. Wenn nordrhein-westfälische Schüler zukünftig eine breitere Allgemeinbildung erreichen und dauerhaft anwendbare Schlüsselqualifikationen besitzen sollen, dann brauchen wir auch hier eine zusätzliche Kraftanstrengung beginnend von den ersten Klassen an bis hin zu einer Reform der Oberstufe. Das bisherige System von Wahl und Abwahl und der Aufsplitterung in Leistungs- und Grundkurse, die Detailspezialisierung in Leistungskursbereichen, die bereits das Grundstudium vieler Studiengänge vorwegnehmen, während gleichzeitig Schlüsselqualifikationen und Allgemeinbildung fehlen, ist ein Irrweg. Diese Schraube müssen wir zurückdrehen.

Zu lange wurde in den letzten Jahren, auch von den Mehrheiten dieses Landtages, der Leistungsbegriff aufgeweicht und eher dem Spaßfaktor untergeordnet. Dabei zeigt PISA, dass nur bei einem disziplinierten Unterricht und hohen Leistungsstandards, aber auch dem Einfordern schulischer Anstrengungsbereitschaft optimale Bildungsergebnisse im Interesse der Jugend zu erzielen sind. Deshalb müssen all die Instrumente und Tendenzen zur Nivellierung, zum Notenliftung, die es Jahr für Jahr im Landtag neu gegeben hat, zurückgedreht werden, und wir müssen uns auf das Einfordern von relevanten Kompetenzen konzentrieren.

Bildungsqualität darf nicht zur Beliebigkeit verkommen. Deshalb brauchen wir die Definition einheitlicher Qualitätsstandards, die für die Schulformen gelten, die für die Bildungsgänge definiert werden und die auch von jedem einzelnen Schulstandort einzuhalten sind. Es ist erschreckend, wenn in aktuellen Veröffentlichungen der PISA-Nachuntersuchungen offenbar wird, dass es innerhalb von Schulformen, wenn man sich unterschiedliche Schulstandorte ansieht, sehr große Diskrepanzen gibt, die wenig mit Vergleichbarkeit, Transparenz und Aussagekraft dessen zu tun haben, was Schülern am Ende von Bildungslaufbahnen attestiert wird.

Wir wollen, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung uns regelmäßig alle zwei Jahre einen umfangreichen Bildungsbericht vorlegt, der die Situation und die Lage der nordrhein-westfälischen Bildung im bundesweiten und internationalen Vergleich dokumentiert.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP bekennt sich zur Leistung und fordert diese von allen am Schulleben Beteiligten ein.

Lehrer müssen Maßstäbe setzen und Schüler Leistung honoriert bekommen. Verantwortungsbewusste Eltern sollen den Bildungsprozess interessiert begleiten. Das Land hat selbstverständlich im Bereich der öffentlichen Schulen für die ressortmäßige Ausstattung von Bildungseinrichtungen zu sorgen, die eine gute Bildungsqualität erfordert. Der Trend, dass immer mehr Schüler Privatschulen besuchen, dass eine Fluchtbewegung aus den öffentlichen Schulen heraus stattfindet, weil aufgrund eines seit zehn Jahren stattfindenden Bildungsabbaus in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich Mittel gekürzt worden sind, ist unter sozialen Gesichtspunkten außerordentlich bedenklich.

Des Weiteren brauchen wir von der ersten Klasse an ein klares Leistungsbeurteilungs- und -bewertungssystem. Wir brauchen in ihrer Aussagekraft umfangreichere und verbesserte Schulzeugnisse. Zum Übertritt in den Bereich der weiterführenden Schulen benötigen wir entsprechende Standards und ein verbindliches Übertrittsverfahren. Damit werden von Anfang an viele Probleme des Rücklaufs, des Scheiterns in der Schule mit den damit zusammenhängenden Demotivationsprozessen vieler beteiligter Schüler vermieden. Wir wollen ein internationales Bildungswesen, den Einstieg in die Sprache Englisch in der Klasse eins. Wir wollen am Ende der Sekundarstufe I eine allgemeine Mittelstufenprüfung und landesweit zertifizierte Standards, um Transparenz zu schaffen und vergleichbare Bildungsabschlüsse zu vergeben. Für den weiteren Bildungsweg und den Übertritt in die gymnasiale Oberstufe brauchen wir mit verbindlichen Kriterien trennschärfere Eingangsvoraussetzungen. Wir wollen in der Sekundarstufe II den Kanon der verbindlichen Abiturprüfungsfächer auf fünf Abiturfächer konzentrieren, nämlich auf Deutsch, Englisch, Mathematik, Gesellschafts- und Naturwissenschaften, die schriftlich und mündlich geprüft werden. Des Weiteren wollen wir ein Abitur nach zwölf Jahren ermöglichen.

Zugleich wollen wir die Chancen der Ausbildungsgänge in den Berufskollegs verbessern, um zukünftig mehr jungen Menschen Perspektiven für den Einstieg ins Berufsleben zu geben. Wir wollen mehr Internationalität und mehr Differenzierung in den Angeboten der Berufskollegs und die Vermittlung entsprechender Kernkompetenzen.

Darüber hinaus müssen wir eine grundlegende Motivationsoffensive für den Bereich unserer Lehrerschaft starten. Die Qualitätsoffensive, die wir uns als FDP-Landtagsfraktion vorstellen und die ich Ihnen vorgetragen habe, ist nur mit hinreichend motivierten und gut ausgebildeten Lehrern zu verwirklichen. Durch permanente Mehrbelastungen, eine wachsende Anzahl von Problemschülern, verschlechterte Arbeitsbedingungen in vielen Lehrerkollegien ist die Motivation auf den Nullpunkt gesunken.

Trotz der oftmals schwierigen Rahmenbedingungen und der schwindenden Attraktivität des Lehrerberufs gegenüber anderen Bundesländern und Tätigkeiten in Industrie leisten dennoch viele Pädagogen in Nordrhein-Westfalen eine hervorragende Arbeit. Sie haben mehr gesellschaftliches Ansehen und eine Verbesserung ihrer Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen verdient.

In diesem Zusammenhang war natürlich die vollzogene LABG-Novelle des Landtags nicht hilfreich, um zukünftig mit attraktiven Beschäftigungsperspektiven Lehrer zu rekrutieren. Wir müssen die Attraktivität des Lehrerberufs am Standort Nordrhein-Westfalen verbessern und motivierte und engagierte Nachwuchskräfte für den Schuldienst gewinnen. Lehrer sind zukünftig vorwiegend schulscharf einzustellen und stärker leistungsgerecht zu entlohnen. Die FDP tritt für die anforderungsgerechte, schulförmerspezifische Lehrerbildung mit einem höheren Praxisbezug zu Beginn und mit Weiterbildungsmaßnahmen im Verlaufe des Berufslebens ein.

Die Punkte, die ich Ihnen aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion vorgetragen habe, hätten wir in weiten Teilen als wesentlichen Schritt für Qualitätsverbesserungen bereits seit Jahren haben können. Ich erinnere an die Debatte über die Notwendigkeit vergleichbarer Standards einer Mittelstufenprüfung, die wir im nordrhein-westfälischen Landtag gestartet haben. Dies war für die Regierungsfaktionen seinerzeit überhaupt kein Thema. Standardisierung, Qualitätsstandards setzen, Vergleichbarkeit und Transparenz von Bildung und die Zertifizierung von vermitteltem Wissen waren des Teufels.

Heute höre ich, dass in der SPD im Vorfeld ihres Sonderparteitages darüber nachgedacht wird, wie man hier zu mehr Verbindlichkeit und Transparenz kommt. Diese Entwicklung begrüße ich außerordentlich. Das, was in der Sache richtig ist, wird nicht dadurch falsch, dass man es erst Jahre später als andere erkennt. Es ist in der Sache notwendig und richtig. Wir werden Ihren Kurswechsel unterstützen.

Wenn wir uns über das Scheitern in Bildungsgängen von Schülern und den damit zusammenhängenden Demotivationsprozessen unterhalten, so gehört zur Wahrheit mit dazu, dass die Oppositionsparteien dieses Hauses seit Jahren dafür kämpfen, einen sachgerechteren Grundschulübergang zu gestalten, um damit Schulversagen zu vermeiden. Auch gehört zur Wahrheit, dass wir als FDP-Landtagsfraktion Ihnen mit einem Unterrichtssicherungsgesetz unsere Vorstellungen vorgelegt haben, um zu einer besseren Versorgungsrelation zu kommen und gerade Problemschüler in kleineren Klassen besser fördern und in ihrer Entwicklung stärken zu können. Es gehört auch zur Wahrheit, dass wir mit unseren haushaltspolitischen Vorhaben schon seit Jahren die realökonomische Grundlage für eine bessere Bildung in diesem Lande gelegt hätten.

Ich hoffe, dass nach Vorlage der PISA-Studie und ihrer Nachuntersuchungen mittlerweile ein Nachdenkprozess in Gang gesetzt worden ist - das ist zumindest bezüglich der SPD den Medien zu entnehmen -, der uns Handlungsmöglichkeiten gibt, gemeinsam die Punkte, die wir als Defizit erkennen, in Angriff zu nehmen. Wir als FDP-Landtagsfraktion stehen im Interesse der Jugend unseres Landes für ein gemeinsames Vorgehen zugunsten der Verbesserung der Bildung in Nordrhein-Westfalen weiterhin parat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Witzel. - Für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen hat jetzt Frau Löhrmann das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der heutigen Beratung und Beschlussfassung bringen wir unsere anderthalbjährige ausführliche Diskussion zu den Ergebnissen der PISA-Studie zu einem ersten Abschluss. Dies ist - ich sage das für meine Fraktion ausdrücklich vorweg - ein Anfang, aber noch lange nicht das Ende der notwendigen Veränderungen unseres Bildungssystems.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Perspektive ist im gemeinsamen rot-grünen Antrag, in dem ausführlichen Antrag - wir haben ja zwei vorgelegt -, auch so dargestellt.

Wenn ich richtig bilanziere, dann sind SPD und Grüne die Einzigen gewesen, die aufgrund der Ergebnisse der PISA-Studie neue Elemente eingebracht, die Neues zur Bildungspolitik beschlossen haben, während Sie von der CDU und auch

Sie von der FDP im Grunde noch einmal das von Ihnen schon immer Verkündete zusammengesprochen und nach PISA noch einmal eingebracht haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das muss man leider feststellen. Das kann man auch nachlesen; ich denke da an Ihr Petersberger Modell.

Meine Damen und Herren, erinnern wir uns: Die Ergebnisse der PISA-Studie haben das Selbstbild unseres Landes als Nation der Dichter und Denker erheblich angekratzt. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Lesekompetenz unserer 15-Jährigen deutlich unter dem Durchschnitt in den OECD-Ländern liegt. Wir erreichen zwar Spitzenleistungen, aber viel zu wenige. Und mehr als 20 % unserer Jugendlichen erreichen keine hinreichende Kompetenz, um erfolgreich am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben oder eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen.

Zwei weitere zentrale Befunde müssen uns alarmieren:

Erstens. In keinem Land der OECD werden die Bildungschancen der Jugendlichen so stark von ihrer sozialen Herkunft bestimmt, d. h., nirgendwo sonst ist die Schule vom Ziel der Chancengleichheit so weit entfernt wie in Deutschland.

Zweitens. In keiner anderen Einwanderungsgesellschaft gelingt es so wenig, Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund den Weg zur echten gesellschaftlichen Teilhabe zu eröffnen. Dies betrifft auch diejenigen Migrantenkinder, die unsere Schulen vollständig durchlaufen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Die innerdeutschen Länderergebnisse sind weitgehend ähnlich. Alle Länder befinden sich in einer großen Distanz zu den international Besten. Die Leistungen nordrhein-westfälischer Schülerinnen und Schüler sind im Ländervergleich zwar unterdurchschnittlich, allerdings nur beim Vergleich der absoluten Ergebnisse. Hier muss man die hiesige Sozialstruktur und den hohen Anteil von Migrantenkindern berücksichtigen.

NRW sollte sich hinsichtlich der zu unternehmen Schritte nicht an innerdeutschen Spitzenreitern orientieren, denn auch die weisen eine große Leistungsstreuung, wenige Spitzenleistungen und einen geringen Mittelwert auf, sondern an Ländern mit einer vergleichbaren Bevölkerungs- und Migrationsstruktur wie beispielsweise Schweden.

Dann will ich hier doch noch einmal daran erinnern, dass in Bayern sehr viele Jugendliche durch die dortige selektive Struktur ihre Bildungspotenziale nicht ausschöpfen. Das gehört zur PISA-Wahrheit dazu, dass dort Kinder, die das Potenzial dazu besitzen, dennoch nicht zum Abitur geführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber wir brauchen mehr Abiturientinnen und Abiturienten. Daran gilt es zu arbeiten.

Herr Rüttgers, die zwölf von Ihnen angesprochenen Punkte sind nicht neu und sind durch PISA auch wirklich nicht belegt, sind nicht durch PISA begründbar. Leider setzen Sie Instrumente, die an anderer Stelle und in anderen Systemen durchaus ihre Berechtigung haben, isoliert, sozusagen on top, auf unser selektives System drauf. Dadurch besteht die Gefahr, dass diese Instrumente, die an anderer Stelle gute Wirkung entfalten können, bei uns leider insofern kontraproduktiv wirken, als sie die Selektion noch verschärfen. Das ist aber das Allerletzte, was wir nach PISA gebrauchen. Das ist wirklich das Allerletzte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte auch ausdrücklich zurückweisen - das ist nämlich die alte Konfrontation, die wir nicht mehr wollen -, dass sich Kuschelpädagogik und Leistungsfähigkeit ausschließen müssen. Ich habe nichts dagegen, wenn Kinder sich in ihren Schulen wohl fühlen, wenn Kinder sich auch einmal an Lehrerinnen und Lehrer sozusagen als Ersatz für Eltern, wenn das in der Situation so ist, anlehnen können. Ich denke, das ist ausdrücklich kein Widerspruch.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Diesen Widerspruch sollten wir auch nicht heraufbeschwören.

Und die von Ihnen genannten Beispiele aus der Schulwirklichkeit wird es - das kann ich aus meiner Erfahrung hinzufügen - natürlich wohl geben.

Aber damit sie nicht alleine im Raum stehen, will ich Ihnen ein anderes Beispiel schildern: Als ich 1984 in Solingen meine erste Klasse bekommen habe, habe ich auch zur Hälfte Migrantenkinder vorgefunden. Ich war nicht qualifiziert für heterogenen Unterricht, weil ich nicht für die Schulform ausgebildet war, in der ich gearbeitet habe. Das war schwer! Die konnten aber alle zumindest Deutsch und die konnten auch alle zu Bildungsabschlüssen geführt werden. Ich habe später einen Teil dieser Migrantenkinder - interessanterweise Jungen - in der Oberstufe wieder gesehen.

Sie haben im Literaturkurs die brechtsche Kleinbürgerhochzeit aufgeführt, haben perfekt Deutsch gesprochen und auswendig gelernt. Das hat einen Verfremdungseffekt ergeben, den sich unser guter Brecht wahrscheinlich nicht gedacht hatte. Ich will nur sagen: Wir haben in unseren Schulen auch viele Kinder und Jugendliche, die zu sehr guten Ergebnissen kommen, die wirklich Hervorragendes leisten, die sich sozial engagieren und vieles mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, das gehört zur Wirklichkeit Nordrhein-Westfalens dazu.

Meine Damen und Herren, unsere Debatte ist nicht, wer in der Kreisliga auf dem dritten, fünften oder sechzehnten Platz liegt. Unsere Debatte ist: Wie kommen wir in die Champions League? Wir Grünen haben uns sehr früh in einem internationalen Symposium sachkundig gemacht und Leitlinien für die Bildungspolitik nach PISA vorgelegt. Die stehen unter dem Motto „Mehr Leistung durch Fördern statt Aussortieren“ und verbinden die Ziele Chancengleichheit und Leistungsförderung. Diese Ziele sind für uns keine Gegensätze, sondern gehen Hand in Hand. Sie bedingen einander. In diesem Sinne trägt der vorliegende Antrag zu den ersten Konsequenzen aus der PISA-Studie auch klare grüne Elemente.

Länder, die in der PISA-Studie besser abgeschnitten haben als Deutschland zeichnen sich alle dadurch aus, dass sie Kinder länger gemeinsam lernen lassen und auf eine frühe Aufteilung in unterschiedliche Schulformen verzichten. In Deutschland fällt die Entscheidung über den zukünftigen Bildungsweg sehr früh, so früh und so ausdifferenziert wie nirgendwo sonst. „Viel zu früh und viel zu ausdifferenziert“ sagen wir deshalb, denn der Zusammenhang zwischen Schulstruktur und sozialer Selektion ist doch offensichtlich. Das belegen erneut die aktuellen Ergebnisse der PISA-E-Studie.

Meine Damen und Herren von der Opposition, es wird immer absurder, wie Sie da weiterhin das hohe Lied der Dreigliedrigkeit singen können. Das, meine Damen und Herren, das ist Ideologie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind in dem Zusammenhang sehr gespannt auf die Ergebnisse der IGLU-Studie Anfang April. Sie wird uns Auskunft darüber geben können, ob sich die soziale Selektion bereits in der Grundschule abzeichnet oder ob sie durch das frühe Einsortieren der Kinder in Schulformen mit der Sekundarstufe I beginnt.

Der ausführliche Antrag der CDU macht auf ein Neues deutlich, dass die Opposition aus PISA nichts gelernt hat und weiterhin dem Mythos der homogenen Lerngruppe verhaftet bleibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dabei hat gerade die letzte PISA-Erläuterung dokumentiert, dass die Homogenität der Lerngruppen in keinem Land so groß ist wie bei uns und dass sich trotzdem nirgendwo sonst Lehrerinnen und Lehrer in einem solchen Ausmaß über die angebliche Heterogenität in ihren Klassen beschweren. Das kann man bei Herrn Baumert nachlesen.

Hier kann es nicht der Weisheit letzter Schluss sein, à la FDP immer weiter auszudifferenzieren, was weder gelingen kann noch finanzierbar ist.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

- Nein, Sie wollen immer weiter neue Spezialschulen gründen und ausdifferenzieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Blödsinn!)

Vielmehr muss der Umgang mit Heterogenität gelernt und als Chance begriffen werden. Anlässlich der grünen Veranstaltung "Von Anderen lernen - PISA international" im Januar vergangenen Jahres hat es der britische Bildungsexperte, Leonard Watson, auf den Punkt gebracht, einfach, aber umso überzeugender:

"Schon eine Gruppe von zwei Kindern kann keine homogene Lerngruppe mehr sein."

Auch das baden-württembergische Handwerk hat, erfreulich frei von ideologischen Scheuklappen, die richtigen Schlussfolgerungen aus den PISA-Ergebnissen gezogen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Hört, hört!)

Ich zitiere:

"Kinder brauchen Lernanreize. Es ist mehr als fragwürdig, ob Selektion hierzu einen positiven Beitrag leistet. Beispiele anderer Länder zeigen, welche hohe Lernmotivation Kinder haben, wenn sie in Gruppen lernen, in denen es verschiedene Talente und Begabungen gibt, Gruppen, in denen die einen die anderen unterstützen und umgekehrt. Die Ergebnisse der PISA-Studie betonen die Notwendigkeit individueller Förderung und stellen die Dreigliedrigkeit infrage."

Die baden-württembergische Handwerkskammer, nicht grünes Schulprogramm, aber in dem Fall deckungsgleich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unser Schulsystem macht es schon durch diese Struktur den Lehrerinnen und Lehrern schwer, sich der Kinder und Jugendlichen tatsächlich anzunehmen, da es den vermeintlich leichtesten Weg nicht nur eröffnet, sondern sogar nahe legt, Kinder, die in ihren Klassen nicht mitkommen, sitzen bleiben zu lassen oder einer anderen Schulform zuzuweisen. Deshalb kann es im selektiven System keine ausgeprägte Kultur der Förderung in unseren Schulen geben. Deshalb bin ich überzeugt, dass innere und äußere Schulreform untrennbar zusammengehören.

Meine Damen und Herren, in dem ausführlichen Antrag der Koalitionsfraktionen ist diese Zielperspektive bereits formuliert. Wir werden die Debatte fortführen.

Wichtige konkrete, von uns in dem Antrag angekündigte Vorhaben wurden aber auch schon auf den Weg gebracht. Ich möchte hier vor allem die bereits im letzten Plenum ausführlich diskutierte offene Ganztagschule nennen.

Noch mal, Herr Rüttgers: Wir wissen: Schule ist mehr als Unterricht. Schule braucht nicht nur Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen nicht mehr Schule, sondern eine andere Schule. In Finnland sagt man: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen. Man braucht eben viele Professionen. Wir wollen viele Professionen in der Schule.

Wir bauen die sprachliche Förderung nicht nur von Migrantenkindern bereits im Elementarbereich aus. Trotz knapper Kassen wurden die Mittel hierfür im Haushalt mehr als verdoppelt.

Mit dem Schulrechtsänderungsgesetz, das jetzt in der Verbände-Diskussion ist, gehen wir auch strukturelle Erneuerungen im Bereich der Schulingangphase und der Unterrichtsgestaltung in der Primarstufe an.

Bereits mit der Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes haben wir den Praxisbezug in der Ausbildung der Lehrkräfte gestärkt. Die neue Prüfungsordnung wird die Notwendigkeit von Kompetenzen im Bereich der Diagnosefähigkeit, des Umgangs mit Heterogenität und mit einem wachsenden Anteil von Schülerinnen und Schülern mit nicht deutscher Muttersprache betonen und verankern.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen weit über das bisher Erörterte hinausgehen. Hierbei muss der Ausbau integrativer Bildungsgänge Leitgedanke sein. Wir wollen die gemeinsame Lernzeit aller Schülerinnen und Schüler verlä-

gern. Wir wollen zu einer deutlichen Reduzierung der Sitzenbleiber- und Abschlusssquoten kommen und so die Verantwortung der Schulen sowie der Lehrerinnen und Lehrer für ihre Schüler stärken.

Wir wollen mehr Selbstständigkeit und größere Autonomie für die Schulen vor Ort.

Auch die Bildungsfinanzierung muss auf den Prüfstand. Die OECD-Studie hat auch gezeigt, dass nirgendwo so wenig in den Elementarbereich und in den Primarbereich investiert wird wie bei uns. Das betrifft sowohl Geld, Personal als auch Zeit. Hier müssen wir umsteuern und da ansetzen, wo noch alle Kinder erreicht werden

(Beifall bei den GRÜNEN)

und wo es gilt, die Basisförderung und Qualifizierung anzusetzen.

In dem Zusammenhang begrüße ich den Mut und die Offenheit von DGB und GEW, die eine Umverteilung aus der Sekundarstufe II vorschlagen und damit notwendige Reformen nicht länger von Goldschiffen aus dem Märchenland abhängig machen. Das fand ich einen bemerkenswerten Vorstoß. So weit sind Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, leider immer noch nicht.

PISA-E hat ausdrücklich auch formuliert und nachgewiesen, dass die quantitative Betrachtung alleine nicht entscheidend ist, sondern die Qualität des Unterrichts, die Qualität von Bildungsprozessen entscheidend ist - nicht die Quantität. Auch die Durchschnittsbeiträge, die im Ländervergleich aufgrund der Klemm-Studie dargestellt worden sind, zeigen, dass nicht zwingend da, wo das meiste Geld im Durchschnitt pro Jahr investiert wird, die besten Ergebnisse erzielt werden. Das ist eindeutig.

Wenn Sie sich z. B. die Zahlen von Sachsen und Bremen angucken: Sachsen gibt das wenigste aus und liegt ganz gut. Bremen gibt das meiste aus und liegt ganz unten. Bremen hat noch dazu die höchsten Sitzenbleiber-Quoten. Das zeigt, wo von der Struktur her die Probleme liegen.

Wir freuen uns, dass die SPD-Bildungskommission erneut Vorschläge in die Debatte gebracht hat. Bei diesen Reformvorschlägen werden ausdrücklich und offensiver Strukturfragen insgesamt in den Blick genommen. Dazu vielleicht eine erste kurze Einschätzung: Wir haben nie gesagt, dass wir bei ausgedehnter Selbstständigkeit der Schulen und wirklich wirksam eingesetzten Förderinstrumenten teilzentrale Prüfungen ausschließen. Aber Sie müssen sich eben in ein aufgestuftes und entwickeltes System einbinden. Sie können

nicht von oben, so, wie Sie von der FDP es formulieren - bei der CDU bin ich mir da nicht ganz so sicher -, einfach auf ein jetzt stark selektiv angelegtes System draufgesetzt werden, weil Sie damit die Selektion zusätzlich verschärfen.

Wir wollen natürlich auch nicht ein reines Pauk-Wissen in den Schulen verankern, damit die Jugendlichen Kompetenzen lernen, Kompetenzen, auf die sie im weiteren Leben aufbauen können und ausdifferenzieren müssen.

In dem Zusammenhang noch einmal zu diesem leidigen Thema - vermeintlich ist das die große Frage, an der sich Reformen festmachen - Abitur nach 12 Jahren. Wer das in Nordrhein-Westfalen will, der kann das heute tun. An jeder Schule mit Sekundarstufe I und II, an jedem Gymnasium, an jeder Gesamtschule, kann jeder Jugendliche, der das schafft, das Abitur nach 12 Jahren machen. Es gibt aber Schülerinnen und Schüler, die brauchen 13 Jahre. Wir möchten diesen Schülerinnen und Schülern die 13 Jahre ermöglichen. Entsprechend gehen andere Länder übrigens auch vor. In Finnland kann man Abitur in einem Zeitraum zwischen zwei und vier Jahren in der Oberstufe machen. Das heißt, wir wollen die Regelung flexibel gestalten und keine Standardisierung und Gleichmacherei der Schülerinnen und Schüler. An dieser Frage wird ein Popanz aufgebaut, obwohl wir längst gehandelt und das Geforderte längst verankert haben.

Meine Damen und Herren, wir Grünen sind auch zukünftig gerne bereit, alle Instrumente zu diskutieren und umzusetzen, die uns den Zielen Chancengleichheit und Leistungsförderung näher bringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Schäfer das Wort.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es bleibt mir in der ersten Runde zu der heutigen PISA-Debatte die Aufgabe, für die Landesregierung zu sprechen.

Ich möchte sagen, dass ich mich sehr über den Ton in dieser heutigen Debatte freue. Ich begrüße es, dass die heutige Debatte von einem ernsthaften Bemühen gekennzeichnet ist, die Schlachten der Vergangenheit nicht noch einmal zu spielen, sondern Vorschläge vorzutragen - jeder aus seiner Sicht -, die alle dazu beitragen sollen, unser

Bildungssystem im Interesse der Kinder und Jugendlichen sowie im Interesse unseres Landes am besten und am schnellsten weiterzuentwickeln. Ich verzichte auch gerne auf die Kommentierung der einen oder anderen polemischen Randbemerkung.

Sie gestatten auch, dass ich mich jetzt am Wettstreit zur Frage, ob sich unsere Haushaltssituation angesichts dessen, was für unsere Schulen wünschbar wäre, nun eher einem halbvollen Glas oder eher einem bedenklich leeren Glas nähert, nicht beteilige, sondern stattdessen noch einmal betone, dass uns die nun mittlerweile drei vorliegenden PISA-Berichte ganz unbequeme Einsichten abverlangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns über den richtigen Weg zur Reform unseres Bildungssystems und zu besseren Leistungen neu und immer wieder im Einzelnen streiten. Lassen Sie mich aber hervorheben, dass sich die Ausgangsbedingungen für unsere Debatten - dank der PISA-Berichte - ebenfalls deutlich verändert haben. Der Maßstab dafür, was ein gutes Bildungssystem ausmacht, liegt nicht innerhalb Deutschlands, sondern im Ausland. Unverändert deutlich bleibt auch nach dem zweiten PISA-E-Bericht, auf den ich noch eingehen werde, dass in ganz Deutschland die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die auf der untersten Kompetenzstufe stehen, zu hoch ist, dass in ganz Deutschland die Migrantenförderung im internationalen Vergleich wenig Erfolg zeigt und dass in ganz Deutschland die Koppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg viel zu eng ist.

Nordrhein-Westfalen bietet auch in der Auswertung des zweiten Berichtes zu PISA-E ein Bild, das von Licht und Schatten gekennzeichnet ist, und das stellt uns auch weiterhin nicht zufrieden. Das Ergebnis hat aber auch nichts mit Schlusslichtparolen zu tun.

Wenn manche Länder im innerdeutschen Vergleich besser abgeschnitten haben als Nordrhein-Westfalen, dann haben wir kein Problem damit, uns im Einzelfall bei diesen Ländern Anregungen zu holen - unabhängig von der Farbe der dortigen Landesregierung. Den Maßstab, an dem wir unser Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen künftig ausrichten wollen, müssen wir aber aus dem internationalen Vergleich ableiten.

Einer der Gründe dafür, dass viele Industriestaaten besser geworden sind, ist, dass sie früher als wir internationale Leistungsvergleiche und empirische Bildungsforschung an die Stelle von bloßen bildungspolitischen Überzeugungen gesetzt ha-

ben. An diesen Weg der Transparenz und der ständigen Leistungsvergleiche werden wir uns gewöhnen müssen.

Frau Löhrmann hat schon auf die „IG-LU“-Präsentation hingewiesen. Wir bekommen in drei Wochen die nächste Untersuchung, mit der wir uns dann auch hier auseinander setzen wollen. Diese Studien ermöglichen uns eine sehr zielsichere Entwicklung unseres Bildungssystems, und wir werden manchen bildungspolitischen Grabenkämpfen der letzten Zeit hoffentlich zunehmend den Boden entziehen.

Ich will an einigen Punkten aufzeigen, dass PISA allen Bildungspolitikern in Deutschland und somit auch in Nordrhein-Westfalen zu denken geben sollte; denn keiner kann und sollte sich hier als Sieger fühlen, wie Professor Baumert das auch sehr trefflich im letzten Sommer formuliert hat.

Zum Thema Standardsicherung ein paar Ausführungen: In allen Bundesländern gibt es Probleme der Bewertungsgerechtigkeit zwischen den einzelnen Schulen, aber auch gerade zwischen den Schulformen. Es gibt deutliche Unterschiede bei der Notenvergabe, und es gibt keine hinreichende Vergleichbarkeit zwischen den Abschlüssen, Notenungen und den erworbenen Kompetenzen.

Die Forscher des Max-Planck-Institutes plädieren angesichts dieser Situation für systematische Verfahren der Sicherung von Mindeststandards. Die Kultusministerkonferenz hat deshalb einstimmig entschieden, bis zum Sommer 2003 erste bundesweite Bildungsstandards für die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch, Biologie und Physik vorzulegen. Mit der Umsetzung dieser Standards werden wir im nächsten Jahr beginnen.

Sie müssen dann aber auch systematisch und schulübergreifend überprüft werden. Darin liegt für mich auch der eigentliche Knackpunkt; denn wir brauchen beides: die Standards und ihre Überprüfung; aber wir brauchen auch die systematische Förderung der Schülerinnen und Schüler, damit sie diese Standards erreichen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nur zentrale Abschlussprüfungen - auch Frau Löhrmann hat darauf hingewiesen -, wie Sie sie in der Vergangenheit isoliert gefordert haben, meine Damen und Herren von der Opposition, werden PISA nun gar nicht gerecht, wenn man nicht gleichzeitig auch ein entsprechendes Konzept für Qualität und Förderung vorlegt - ein Konzept, das den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrerinnen und Lehrern frühzeitig signalisiert, wo sie



stehen und wie sie diese Lernziele auch erreichen können.

Wir werden deshalb zuerst in den Schuljahren 2004/2005 mit den Lernstandserhebungen in den Klassen 4 und 9 im ersten Halbjahr beginnen. Damit bekommen die Schulen ganz konkrete Hinweise zum Förderbedarf. Darauf aufbauend, im Zuge einer größeren Selbstständigkeit, verschließe ich mich natürlich auch nicht grundsätzlich der Einführung von zentralen oder dezentralen Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I. Das ist dann ausdrücklich kein Selektionsinstrument, sondern das dient dann zu diesem Zeitpunkt, am Ende einer Förderkette, der Transparenz und der Objektivität, die wir alle gemeinsam erreichen wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

- Im Ziel sind wir uns einig, im Weg dahin vielleicht noch nicht ganz. Über diese Fragen möchte ich gerne einen Dialog mit Ihnen führen.

Zum Thema Durchlässigkeit: In allen Ländern zeigt sich eine erhebliche Überlappung in den Leistungen von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Schulformen. Ein nicht geringer Teil der Schülerinnen und Schüler könnte dem Leistungsniveau nach in einen Bildungsgang mit einem höheren Abschluss wechseln. Von daher ist die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen eine Frage der Bildungsgerechtigkeit und der Chancengleichheit. Aber ganz besonders wichtig ist mir dabei, dass es in der Bildung keine Sackgasse geben darf. Damit wird die Stärkung alternativer Wege für den Erwerb von höheren Schulabschlüssen – wie in Nordrhein-Westfalen z. B. durch das Berufskolleg – bestätigt.

Vor diesem Hintergrund kommt ein genereller Verzicht auf das zehnte Pflichtschuljahr an den Hauptschulen nicht infrage. Ich freue mich daher, dass dieser Punkt im 12-Punkte-Programm der CDU keine Rolle spielt, wie er es noch in den Petersberger Beschlüssen getan hat. Sie haben es zumindest heute nicht in der Deutlichkeit thematisiert.

Zum Thema Selbstständigkeit von Schule: Der klassische Streit über die Überlegenheit bestimmter Schulstrukturkonstruktionen hat sich - so denke ich - durch die Entdeckung der Bedeutung der Einzelschule auch stark relativiert. Das hat der aktuelle zweite PISA-E-Bericht noch einmal eindeutig bestätigt. Gute Leistungsergebnisse hängen in entscheidendem Maß auch von der Qualität der Arbeit in der einzelnen Schule ab.

Der Weg zur Stärkung der Einzelschule und ihrer Qualitätsarbeit, den wir in Nordrhein-Westfalen 1995 eingeschlagen haben, erweist sich hier als richtig und zukunftsweisend. Und durch die Verbesserung der pädagogischen Arbeit der einzelnen Schule und die Verbesserung der Qualität des Unterrichts und die punktgenaue Förderung von Schulen können wir zu deutlich besseren Leistungen und Ergebnissen kommen.

Unser Weg zur selbstständigen Schule wird hier klar bestätigt, und auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, unterstreichen das. Trotzdem darf ich darauf hinweisen, dass Sie seinerzeit unserem Schulentwicklungsgesetz zur selbstständigen Schule nicht zustimmen konnten. Ich stelle auch hier fest: Wir sind auf einem Weg der Annäherung, den wir weiter gemeinsam begehen sollten.

Stichwort Migrantenförderung: Deutschland hat deutliche Probleme bei der Förderung von Migrantinnen und Migranten. Die Probleme zeigen sich bei uns in Nordrhein-Westfalen im Besonderen bei Kindern und Jugendlichen türkischer Herkunft. Eine bessere Förderwirkung erzielen wir bei den Aussiedlerkindern. Eine der möglichen Ursachen dafür sieht Prof. Baumert in der großen Ballung von Migranten, wie wir sie in vielen Stadtteilen und in vielen Klassen in Nordrhein-Westfalen vorfinden.

Ich möchte aber auch betonen, dass das nicht nur ein Thema der Bildungspolitik ist. Es war uns allen - und Ihnen in der CDU im Besonderen - in der Vergangenheit zu wenig selbstverständlich, dass wir de facto längst ein Einwanderungsland sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer verbesserte Leistungen der Migrantenkinder will, muss das deshalb nicht zuletzt als Herausforderung an die Stadtteil- und an die Arbeitsmarktpolitik sehen. Aber wir müssen uns auch eingestehen, dass wir nicht konsequent genug darauf hingearbeitet haben, dass jedes Kind, das bei uns eingeschult wird, altersgemäß Deutsch sprechen und verstehen können muss.

Die entschlossene Förderung im Kindergarten und mit vorschulischen Sprachkursen ist aus unserer Sicht der Erfolg versprechende Weg. Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen mit großen Anstrengungen die Mittel dafür mehr als verdoppelt. Wir haben sie auf 5 Millionen € aufgestockt und können damit 1.400 Kurse anbieten, und wir machen sie da verpflichtend, wo sie angeboten werden.

Dass Sie, Herr Rüttgers, in diesem Zusammenhang die Quotierung von Ausländerkindern fordern, hat Prof. Baumert als ein untaugliches Konzept - ich zitiere wörtlich - „aus einer anderen Welt“ bezeichnet. Mit dem so genannten Bussing werden Sie sozial spalten und nicht fördern. Und im Übrigen können Sie es auch nicht bezahlen.

Ich möchte allerdings neben der ganzen PISA-Diskussion, die uns schon so lange beschäftigt, einen anderen positiven Aspekt hervorheben. Ich freue mich sehr darüber, dass es unseren Schülerinnen und Schülern gelungen ist, in Nordrhein-Westfalen im Bereich des sozialen Lernens bundesweit federführend zu sein. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine nette Fußnote der PISA-Studie, sondern vielmehr eine Feststellung, auf die wir gemeinsam stolz sein können und stolz sein sollten.

(Beifall von Inge Lagemann [SPD])

Unsere Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen haben ein ausgeprägtes soziales Verantwortungsbewusstsein, und wir haben im Ländervergleich sehr gute Werte bei der Verantwortungsübernahme, bei den prosozialen Zielen; diesen neuen Terminus haben wir jetzt auch in unsere Sprache integriert. Unseren Schülerinnen und Schülern wurde zudem eine schwache Aggressionsneigung attestiert. Ich finde, diese soziale Kompetenz ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern vielmehr ein schönes Markenzeichen für unser Land. Das passt gut zu uns in Nordrhein-Westfalen und zu unserem Lebensgefühl.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die PISA-Studie hat uns allen eine Reihe von Erkenntnissen geliefert, und wir sind alle zu einem neuen Denken in der Bildungspolitik aufgefordert. Veränderte Zeiten brauchen neue Antworten, und Rechthaberei und Schlagzeilen helfen unserem Land nicht und schon gar nicht den Kindern, den Eltern und den Lehrkräften.

Ich denke, dass wir heute in der Tat die Möglichkeit haben, über Parteigrenzen hinweg zu einer Verständigung über eine Bildungsreform zu kommen. Vielleicht ist es tatsächlich ein erster Schritt.

Ich möchte sieben Punkte nennen, um die es uns geht: Es geht um Chancengleichheit und Qualität und um den inneren Zusammenhang dieser beiden Prinzipien. Es geht um Chancengleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Es geht um das Akzeptieren von Heterogenität von Lerngruppen und um individuelle Förderung und um Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem. Es geht darum, den Start im Elementar- und im

Grundschulbereich zu verbessern. Es geht um konsequente Standardorientierung und Standardüberprüfung in unseren Schulen im Interesse möglichst guter Leistungen. Es geht um die Qualität des Unterrichts und vor allem um eine bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler aller Leistungsvoraussetzungen. Und es geht um die Selbstständigkeit der Schulen und eine konsequente schulische Qualitätssicherung.

Jetzt nenne ich noch einmal die neuen Schwerpunkte der Landesregierung, an denen wir in der nächsten Zeit arbeiten. Es stehen ganz praktische Lösungen auf der Tagesordnung. Wir haben bereits deutliche Akzente gesetzt, und andere werden aus dem Arbeitsauftrag folgen.

Wir stärken den Bildungsauftrag des Kindergartens. Wir stärken die vorschulische Sprachförderung. Wir werden die Zahl der Rückstellungen reduzieren; „müssen“ könnte ich anfügen. Wir gestalten die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule neu; dies ist ein dickes Arbeitsprogramm, das wir vorhaben. Wir gestalten die Schuleingangsphase mit dem Ziel der besseren individuellen Förderung neu. Wir werden mit neuen Grundschulrichtlinien Voraussetzungen dafür schaffen, die Basiskompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Wir führen die offene Ganztagsgrundschule als neues Angebot der Verbindung von Lernen, Betreuen und sinnvoller Freizeitgestaltung ein.

Und hier möchte ich auf einen Brief hinweisen, der mir heute Morgen im Posteingang vorlag. Es ist die Stellungnahme - das wird Sie interessieren, meine Damen und Herren von der CDU - der Deutschen Bischofskonferenz zu Ganztagschulen.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Oh wei!)

Der Weihbischof schreibt:

„Sehr geehrte Frau Ministerin, die Vollversammlung der Bischofskonferenz hat sich eingehend mit der Frage der Ganztagschulen befasst und am 13. März 2003 eine Stellungnahme verabschiedet, die ich Ihnen beiliegend zur Kenntnisnahme überreiche.“

Ich zitiere daraus Folgendes:

„Kirchliche Träger legen an ihre Schulen Kriterien an, die auch staatlichen Schulen als Orientierung dienen können.“

Bezogen auf den Ganztags heißt das:

„Angebote im Sinne unterrichtsergänzender Förderungs-, individueller Begabungs- und

Betreuungsmaßnahmen am Nachmittag haben Vorrang vor dem Ausbau verbindlicher Ganztagschulen.“

Ich wollte Ihnen das nur noch einmal mit auf den Weg geben. Das ist die Deutsche Bischofskonferenz, die auch noch eindeutig einfordert, dass man eine Vielfalt von Inhalten und Methoden in diese neue Angebotsstruktur einbeziehen muss, ebenso wie man die Arbeit der freien Jugendverbände und die Teilnahme auf freiwilliger Basis regeln soll. Da sind wir also scheinbar nicht auf dem falschen Weg.

Punkt 8: Wir werden die Schulen konsequent an Standards ausrichten und ein systematisches Konzept der Qualitätssicherung und Förderung umsetzen.

Punkt 9: Wir werden mit einem Hauptschulprogramm punktgenaue Problemlösungen ermöglichen.

Herr Rüttgers, wenn Sie eben von Zeitbudgetstellen gesprochen haben, die wir jetzt für Sozialpädagogen und -pädagoginnen den Hauptschulen geben, darf ich darauf hinweisen, dass dies Stellen sind, die den Schulen für eine gewisse Zeit für besondere Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Man kann diese Stellen sehr wohl für andere Aufgaben neu einsetzen. Das ist genau die Idee, die hinter diesen Stellen steht. Das haben wir bei den Hauptschulen für Sozialpädagogen und -pädagoginnen, für vorschulische Sprachförderung in Klasse 5 und 6 und für den Übergang Schule und Beruf getan. Es ist ein Bündel von Maßnahmen, das wir punktgenau bei den Hauptschulen praktizieren.

Diese praktischen Ansätze, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden nur dann Erfolg haben, wenn es uns auch gelingt, das Klima an den Schulen zu verändern. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit mit denen, die für die praktische Umsetzung der Reformschritte vor Ort verantwortlich sind. Ich betone ausdrücklich: Das ist keine Floskel. Das ist für Sie jetzt vielleicht eine neue wichtige Information. So habe ich nach der Anhörung der Betroffenen beschlossen, einen neuen einvernehmlichen Fahrplan für die Neugestaltung der Schuleingangsphase aufzustellen. Wir werden diese Reform um ein Jahr verschieben, um sie dann umso gründlicher anpacken zu können. Herr Rüttgers, Sie haben eben gesagt, wir würden das gar nicht mit Ressourcen ausstatten. Ich weiß nicht, woher Sie diese Aussage nehmen.

Ich antworte jetzt auf das, was Herr Rüttgers eben zum Thema „flexible Schuleingangsphase“ vorgebracht hat.

Wir werden das mit einer Zeitverschiebung machen. Die Frage der Ressourcen wird dabei selbstverständlich eine ganz entscheidende Rolle spielen. Das zu Ihrer Versicherung.

Sie sehen also: Ich setze auf den Dialog und auf eine aktivierende, nicht auf eine administrierende Bildungspolitik. Wir brauchen dazu eine Koalition der Vernunft mit allen Fraktionen und eine Koalition der Vernünftigen, gerade auch hier im Landtag.

Zwei Anmerkungen noch zu dem, was uns die CDU mit den Petersberger Beschlüssen und mit ihrer Aussage zur Entwicklung der Bildungspolitik dargelegt hat. Sie sprechen von einer großen Bildungsreform. Ich weise aber auch darauf hin, dass die Petersberger Beschlüsse vor PISA entstanden sind und den Ergebnissen in einigen Punkten, was das klar gegliederte Schulsystem angeht, deutlich widersprechen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Insofern sind weder die Petersberger Beschlüsse noch Ihr anderer Antrag geeignet, den Dialog weiterzuentwickeln. An der Stelle halte ich das Zwölf-Punkte-Programm im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen in der Tat für eine bessere Grundlage. Wir sollten uns davon verabschieden, uns hier im Landtag dauernd schulpolitisch zu streiten, sondern uns im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen verständigen.

Eine Anmerkung zur FDP kann ich mir nicht ersparen, Herr Witzel. In Ihrem Beitrag hat mir eines gefehlt, und das ist die Förderung von Kindern und Jugendlichen. Sie haben beständig von Zertifizierung, von Standards, von Prüfung, von verbindlichen Noten und von Ranking in einer Abfolge gesprochen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Ergebnis müssen wir Transparenz und Objektivität erreichen. Aber der Weg dahin muss ein Weg sein, auf dem wir alle Kinder und Jugendlichen sowie alle Lehrerinnen und Lehrer mitnehmen müssen; sonst kommen wir nicht an. In diesem Sinne arbeiten wir weiter. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Degen das Wort.

**Manfred Degen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich bemühen, keine

Wiederholungen zu begehen, obwohl manche Dinge im Sinne der pädagogischen Verstärkung durchaus mehrmals gesagt werden könnten. Aber ich will gleich in das Angebot einsteigen, das Herr Dr. Rüttgers zum Dialog gemacht hat. Er hat gesagt: Wir brauchen eine große Bildungsreform. – Richtig! Er hat auch über Ideologien gesprochen: Es darf keinen Rückfall in ideologische Grabenkämpfe geben. – Auch richtig! Wer im Graben sitzt, kommt schlecht vorwärts. Aber wir müssen dabei, Herr Dr. Rüttgers,

(Brigitte Speth [SPD]: Interessiert ihn einfach nicht!)

auch so offen sein, dass wir sagen: Ideologien sind nicht nur die Vorstellungen, die andere über das Bildungswesen entwickeln, sondern das eigene Konzept kann durchaus auch auf Ideologien beruhen. So offen muss man an die Sache herangehen;

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

sonst kommt man nicht weiter. Wenn Ideologieabbau oder gar Ideologieverzicht, dann bitte auf beiden Seiten. Gerade die PISA-Ergebnisse haben uns in der Beurteilung dessen, wo wir stehen, und der Leistungen, die wir erbringen oder nicht und die andere erbringen, einen gehörigen Schritt weiter und weg von ideologischen Betrachtungen auf eine sachliche Basis gebracht.

Ich will ein Beispiel nennen: Ein integriertes Schulsystem - nicht wie die Gesamtschule hier als ergänzende Schulform, sondern die Gesamtschule als ersetzende Schulform, was Sie immer mit dem Begriff der Einheitsschule titulierte haben - war aus Ihrer Sicht durchaus ideologieverhaftet. Das gegliederte System - ich weiß nicht, auf welcher Ideologie es basiert, wahrscheinlich auf einer gesellschaftspolitischen Vorstellung - war aus Ihrer Sicht ideologiefrei. Jetzt haben die PISA-Ergebnisse gezeigt, dass dieses von Ihnen als Ideologie verdächtige Organisationsmodell nicht nur die besseren Ergebnisse in der Spitze und in der Breite gebracht hat, sondern auch in den ersten Jahren auf Noten verzichten kann.

- Hören Sie einmal zu, Herr Solf! Unser Maßstab - da halte ich es mit Andreas Schleicher - ist nicht Bayern und sind nicht die anderen Bundesländer, sondern unser Vergleichsmaßstab sind, wenn wir wieder, wie Frau Löhrmann sagt, in der Champions League spielen wollen, Schweden, England, vielleicht sogar Österreich, die zufrieden sind, weil sie etwas besser sind als wir.

Dieses integrierte System kommt also in den ersten Jahren in der gesamten Grundschule ohne Noten, ohne Abschulung - das ist gar nicht möglich -, ohne Sitzenbleiben aus, während diese Dinge bei uns als notwendige Instrumente für die Erzielung von Leistung propagiert werden. Lassen Sie uns einmal diese Systeme, die ohne all dies auskommen, genauer betrachten und überlegen, ob wir nicht in dieser Frage von anderen etwas lernen können.

Ich möchte auf die zwölf Punkte eingehen. Sie sind nicht der Entwurf einer alternativen Bildungspolitik, sondern ein kurz- oder mittelfristiger Maßnahmenkatalog.

Die ersten beiden Punkte - mehr Lehrer, kleinere Schulklassen - sind durchaus wünschenswert. Aber man muss daran erinnern, dass diejenigen, die in der PISA-Untersuchung auf ihre Leistungen getestet worden sind, nämlich die 15-Jährigen, zumindest die Grundschule zu einer Zeit durchlaufen haben, als wir in jeder Schulform eine 4%ige Stellenreserve hatten, als wir in jedem Schulkapitel 1.000 Überhangstellen hatten, als wir also, was die Ressourcen anbelangt, hervorragend ausgestattet waren. Man kann nicht die Gleichungen aufstellen: "mehr Lehrer, besserer Unterricht", oder: "kleinere Klassen, besserer Unterricht". So einfach ist das nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf Punkt 3 - bessere vorschulische Förderung - wird Kollege Flessenkemper gleich ausführlich eingehen.

Schüler müssen Deutsch sprechen. - Ja, die Sprachkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation für den Erwerb aller anderen Kompetenzen in der Schule. Wir müssen aber sehen, dass wir die Möglichkeit schaffen, dass die Kinder Deutsch sprechen. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir das schaffen. Wir wollen im vierten Lebensjahr eine Sprachüberprüfung vornehmen, um frühzeitig gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Wir sind da gar nicht weit auseinander.

Lesen, Rechnen, Schreiben in der Grundschule: Wir haben nichts dagegen. Wir haben sogar in unserer Koalitionsvereinbarung noch den Punkt, dass wir die Basisqualifikation verstärken wollen. Da gibt es noch etwas Handlungsbedarf. Vielleicht fällt uns noch etwas ein, wie wir dieser Forderung auch bei uns Nachdruck verleihen können. Denn dann stellt sich auch die Frage nach einer Überprüfung ganz anders.

Es kann durchaus sein - ich greife einmal vor -, dass man eine zentrale Überprüfung bestimmter

Standards, die überall vermittelt werden, einführt. Die Vermittlung in allen Bereichen aber ist die Voraussetzung, um dann bei der Überprüfung zu schauen, welche Form günstiger ist, die zentrale oder die dezentrale. Es gab einmal einen Vorschlag von Prof. Klemm in Anlehnung an das niederländische Modell, bei dem beim Abitur wohl 50 % zentral und verbindlich für alle und 50 % individuell sind. Lassen Sie uns darüber reden.

Punkt 6 muss wohl umgekehrt lauten. Wir brauchen zunächst einen klaren Bildungskanon, um dann zu überlegen, mit welchem Fächerkanon dieser Bildungskanon erreicht wird. Wir können nicht den Fächerkanon als Voraussetzung nehmen und sagen: Das ist dann Bildung. Man muss umgekehrt herangehen. Dann stellt sich auch die Frage, ob man bestimmte Bildungsziele mit Fächer übergreifenden Projekten besser erreicht als mit der Einteilung in einzelne Fächer.

Zur Zauberformel vom Abitur nach zwölf Jahren als Beispiel für die Qualitätsverbesserung: Wenn ich etwas früher mache, ist dadurch die Qualität noch nicht besser geworden. Ich bin aber durchaus der Meinung, wenn wir die flexible Eingangsphase realisiert haben, wenn wir im Bereich der Grundschule die Ganztagschule als Regel haben, wenn wir die Oberstufe flexibilisieren, dass dann das Abitur nach zwölf Jahren gemacht werden kann, und einige werden nach wie vor 13 oder 14 Jahre brauchen. Warum machen wir uns keine Gedanken, wie wir den Oberstufenbereich flexibilisieren können?

Über die Ganztagschule und über Leistungsstandards hat die Kollegin Speth eingehend referiert.

Mehr Freiheit für die Schulen: Sie wollten das sofort für alle ohne Überprüfung einführen, allerdings ohne zu sagen, welche Details zu regeln sind. Wir wollten das in einem Versuch erproben. Bei der Diskussion über das Schulentwicklungsgesetz haben Sie sich weitgehend der Mitarbeit entzogen. Warum, wenn wir die gleichen Ziele in dieser Frage haben?

Zu den Schulgebäuden: Hier wird ein Horrorszenario beschrieben, das vor Ort gar nicht existiert. Es gibt Probleme. Es gibt Kommunen, die in der Vergangenheit etwas für ihre Schulgebäude getan haben, andere Kommunen haben das etwas vernachlässigt. Aber es ist nicht durchgängig ein Trümmerfeld entstanden. Unser Vorgehen, über die Schulpauschale Mittel zur Verfügung zu stellen, mit der Möglichkeit, diese Mittel auch für die Sanierung der Schulgebäude einzusetzen - das war und ist unstrittig eine originär kommunale

Aufgabe -, ist der richtige Weg, um hier eine Besserung zu bekommen.

Herr Rüttgers, Sie hatten gesagt, wenn es uns ernst ist, dürfen wir Ihren Antrag vom 14. Januar 2002 nicht erst ablehnen und dann auf dem SPD-Parteitag beschließen. Dieser Antrag ist kein Antrag - das habe ich Ihnen damals schon gesagt -, sondern Ihr Parteiprogramm, das so genannte Petersberger Papier, das Sie uns zur Beschlussfassung vorgelegt haben.

Sie können schlechterdings nicht verlangen, dass wir einem Parteiprogramm zustimmen. Auch wir werden nach unserem Parteitag nicht das gesamte Programm vorlegen, sondern eventuell über Einzelprobleme reden. Ich habe Ihnen damals schon gesagt, so schlecht ist das Petersberger Programm gar nicht. In dem Analyseteil steht vieles, was wir unterstreichen können. Es gibt bestimmte Punkte, bei denen wir sagen können: Ja wohl, das ist die richtige Richtung.

Aber Sie haben sich selbst in Ihrer Ideologie verfangen, indem Sie beispielsweise im ersten Absatz sagen - ich hoffe, das war vor PISA -:

"Das Schulwesen muss klar gegliedert sein, um die differenzierte Förderung unterschiedlich begabter Kinder und Jugendlicher zu gewährleisten."

Und weiter:

"Sie ist eine der Stärken, und sie muss auch in Zukunft wieder zu seinen Stärken gehören."

Dieser Absatz im Blick von PISA! Wenn Sie allein das Inhaltsverzeichnis gelesen hätten, könnten Sie das schon nicht aufrechterhalten. Das geht nicht. Das ist ungefähr so, als wenn Magellans Mannschaft - er selbst ist ja nicht zurückgekommen - nach der ersten erfolgreichen Weltumsegelung die Meldung gemacht hätten: Damit ist bewiesen, dass die Erde eine Scheibe ist. - Dieses Niveau hat dieser Absatz.

(Beifall bei der SPD)

Sie selbst schränken dann aber diese Gliedrigkeit ein, indem Sie sagen:

"Abgesehen von pädagogischen Notwendigkeiten"

- welche das sind, lassen Sie offen -

"ist klar, dass unter den zukünftigen Bedingungen dramatisch zurückgehender Schülerzahlen ein viergliedriges Schulsystem nicht aufrechterhalten ist."

Jawohl, da müssen wir uns Gedanken machen. Aber welche Gedanken machen Sie sich? Sie lösen die Hauptschule auf, setzten statt dessen die Aufbauschule an die Stelle und wollen die Gesamtschule, die eigentlich die einzige Organisationsform ist, die Antwort auf das von Ihnen richtig beschriebene Problem gibt, auf diesem Wege sofort streichen.

Wenn wir unter dem Gesichtspunkt rückläufiger Schülerzahlen zu einem Zweisäulensystem kommen würden, wäre das gar nicht so exotisch. Wir brauchen gar nicht ins Ausland zu gucken, beispielsweise nach Österreich, sondern brauchen uns nur die neuen Bundesländer und das Saarland anzuschauen, die schon ein Zweisäulenmodell haben. In Brandenburg geht es wahrscheinlich sogar zu einer Schulform zurück, weil der Rückgang der Schülerzahlen so eklatant ist.

Auch wir werden diesen Zwängen unterliegen und müssen uns überlegen, wie wir ein solches System gestalten, eventuell - was jetzt auch für den Parteitag angedacht ist - das Gymnasium und daneben ein integriertes System einer Sekundarschule. Da sind wir offen, darüber müssen wir reden, darüber können wir auch reden.

In diesem Zusammenhang müsste man auch sagen: Sehen Sie sich einmal die Anmeldezahlen zur Gesamtschule an. Wir könnten allein im Rheinland, glaube ich, von den Überhängen vier neue Gesamtschulen gründen. Der Stadt Mönchengladbach möchte ich auch gleich gratulieren, die heute eine Gesamtschule gegründet hat.

(Zurufe von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] und Ralf Witzel [FDP])

Dann sagen Sie auch einen Satz, der bei Ihnen lange nicht auftauchte: Wir brauchen mehr Abiturienten. - Richtig! Aber dann müssen wir auch die Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, daraufhin überprüfen, ob sie diesem Ziel dienen oder ihm zuwiderlaufen.

Im Grundschulbereich haben wir wohl die meisten Gemeinsamkeiten.

Aber eines muss ich Ihnen auch noch sagen: Bei Ihrem Petersberger Programm haben Sie sich selbst in eine Gefangenschaft begeben, indem Sie weiterhin Ihrer unsäglichen Begabungstheorie von den intellektuell Begabten und den eher praktisch Begabten nachlaufen. Eine solche Einteilung gibt es nirgendwo in der Wissenschaft. In der Literatur muss man bis zu einem Erlass von Kaiser Wilhelm II. zurückgehen, um das noch einmal zu entdecken. Sie müssen sich auch fragen, ob das gegliederte System nicht auch ein sehr ideologie-

behaftetes tradiertes System so nach dem Motto ist: Drei Menschen braucht die Maschine, einen, der sie konstruiert, einen, der sie baut, und einen, der sie bedient. - So einfach ist das nicht mehr.

Über diese Dinge lassen Sie uns reden. Wir sind offen und freuen uns auf den Dialog. Wir können natürlich nicht - das können Sie von uns nicht verlangen - diesem Parteiprogramm zustimmen. Aber es wäre eine Basis, wenn wir unseres daneben legen, zu überlegen, wo die Gemeinsamkeiten sind. Ich glaube, wir werden dann viele entdecken, und wir werden dann auch das realisieren können, was Sie selbst sagen. In Ihrem Papier sind viele wichtige Dinge, beispielsweise dass Sie bei der selbstständigen Schule die Wahl des Schulleiters auf acht Jahre haben wollen. Die meisten haben vergessen, dass Sie so etwas beschlossen haben.

Ich will aber abschließend einen Satz von Ihnen zitieren, der vielleicht die Basis für Gespräche sein kann:

"Es geht also in der Bildungsdebatte nicht mehr um einzelne Schwachstellen bzw. Reparaturmaßnahmen an einem Bildungssystem, das sich in seinen wesentlichen Strukturen jahrzehntelang durchaus"

- so schränken Sie ein -

"bewährt hat. Es geht jetzt um eine zukunftsweisende neue Ausrichtung dieses Systems. Ohne grundlegende Reformen kann es den zukünftigen Anforderungen nicht genügen."

Lassen Sie uns das gemeinsam anfassen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Degen. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Recker das Wort.

**Bernhard Recker (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD ist für zentrale Prüfungen nach Klasse 10 in allen Schulformen. Sie denkt über ein Zentralabitur nach. Sie gibt ein Bekenntnis für Erziehung, Leistung und mehr Wettbewerb unter den Schulen ab. Sie tritt dafür ein, neben der drei- oder dreieinhalbjährigen Lehre neu zertifizierte Ausbildungsmodelle für Lernschwächere einzuführen, die mit zwei Jahren statt dreieinhalb Jahren auskommen. Sie denkt nach über eine Begrenzung der Schulzeit auf zwölf Jahre. Und so weiter und so weiter!

Meine Damen und Herren, das ist nicht eine Fantasie von George Orwell, das ist nicht irgendein

Wunschgebilde der CDU, nein, das soll Grundlage von neuer, realer SPD-Politik werden. So zumindest die Aussage im neuen SPD-Konzept und Hinweise in der letzten "Welt am Sonntag"! Wenn jemand von uns dies noch vor gut einem Jahr gefordert hätte, wäre er hier nur mitleidig belächelt und als rückwärts gewandter Bildungspolitiker attackiert worden,

(Beifall bei der CDU)

weil er alte ideologische Grabenkämpfe wieder aufleben lassen wolle.

Fakt ist hier doch: Mit diesen nun konkret gewordenen Forderungen will die SPD zumindest theoretisch einiges 1 : 1 umsetzen, was die CDU jahrelang, ja fast jahrzehntelang, u. a. im Petersberger Modell, beschlossen hat. Fakt ist: Herr Degen, Sie sind gescheitert, und Sie suchen verzweifelt nach Auswegen. Das ist der Hintergrund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens: Die damalige Ministerin hatte für diese unsere ganz konkreten CDU-Forderungen nichts als billige Polemik und Zynismus übrig.

Sie sprach ihrerseits im Hinblick auf unsere Forderungen von alten Gebetsmühlen, die ausgedient haben. Nein, die alten Gebetsmühlen haben nicht ausgedient. Der Herr hat die Gebete teilweise erhört und auch den Sozialdemokraten in einigen Punkten Weisheit und Einsicht geschenkt,

(Beifall bei der CDU)

endlich realistisch und zukunftsorientiert die Bildungswirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen.

Nun muss ich allerdings auch ein wenig schmunzeln, wenn sich die SPD mit den nun erhobenen Forderungen als die Reformpartei darstellt. Man muss hier schon auch der Klarheit und Wahrheit wegen ein Stück Vergangenheit in Erinnerung rufen. Ich frage hier - Herr Kollege Witzel hat es eben auch getan -: Wer hat denn jahrelang permanent all diese Forderungen, die Sie aktuell erheben, mit großer Überheblichkeit und Arroganz abgelehnt?

(Beifall bei der FDP)

Das war doch diese Regierung. Frau Ministerin Schäfer, Sie gehörten übrigens auch dazu. Ich könnte das auch mit unzähligen Zitaten belegen.

Es ist schon mehr als schizophren und auch grotesk, wenn Sie die von uns seit Jahren geforderten und von Ihnen seit Jahren abgelehnten Maß-

nahmen als die innovative Antwort der SPD auf PISA verkaufen.

Die Menschen wissen das sehr wohl. Es ist auch ein seltsamer Zustand, wenn sich solche Personen, die für den Flächenbrand der Negativergebnisse in der Bildungspolitik verantwortlich sind, nun als Feuerwehrleute aufspielen. Das passt nicht ganz zusammen.

Ich sage es deutlich - auch unser Vorsitzender hat es gesagt -: Die CDU ist erfreut darüber, dass die SPD diesen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik endlich einleiten und diesen Salto totale vollziehen will.

Dieser ist sicher auch das Zugeständnis, dass Sie sich in vielen Punkten geirrt haben. Ich bin auch froh darüber, dass sich damit die Schnittmengen bei dem Ziel vergrößert haben, möglichst einen Neuanfang in der Bildungspolitik zu machen.

Ich sage es bei fast allen Veranstaltungen und auch hier noch einmal: Es wäre in der Tat ein hervorragendes Zeichen nach außen - gerade auch jungen Menschen gegenüber - und auch ein Stück gegen Politikverdrossenheit, wenn wir gerade nach den verheerenden Ergebnissen von PISA hier in Nordrhein-Westfalen einen gemeinsamen Neubeginn schaffen - auch wenn wir es erst in Teilbereichen in der Bildungspolitik hinbekommen, fernab ideologischer Vorurteile und parteipolitischer Überlegungen.

Denn hier geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunftschancen der jungen Menschen in unserem Land und letztlich auch um den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Ich war heute schon geschockt über eine Pressemeldung der IHK in der "Berliner Zeitung", in der es hieß, dass jede fünfte Lehrstelle zurzeit wegen der schlechten Zeugnisse der Bewerber nicht besetzt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Zu einem ehrlichen und echten Neuanfang gehören auch Klarheit und Wahrheit im Hinblick auf Vergangenes. Zu dieser Wahrheit und Klarheit gehört es nun einmal, dass Sie seitens der SPD - und niemand sonst - über 35 Jahre für diese verheerenden Ergebnisse die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Unsere jungen Menschen sind genauso begabt wie die in anderen Ländern. Und unsere Kollegen sind auch genauso engagiert wie die in anderen Ländern. Deshalb muss es Rahmenbedingungen gegeben haben, die Sie hier im Land diesen jungen Menschen nicht gewährt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere daran, dass es immer wieder auch ideologisch begründete Gesetze und Erlasse waren, die zu immer größeren Nivellierungen geführt haben. Begriffe wie "Leistung" und "Erziehung" wurden aus dem Vokabular gestrichen.

Ich würde Ihnen ein ganzes Stück Respekt entgegenbringen, wenn Sie endlich auch bereit wären, diese riesigen Versäumnisse zuzugeben. Ich erinnere nur daran: Was haben Sie sich gequält, selbst simpelste und für alle erkennbare Leistungshemmnisse abzubauen? Ich nenne nur beispielhaft die Abschaffung der Zusatzprüfungen, die Abschaffung des Drittelerslasses, die Notwendigkeit, die Grundschulempfehlungen zumindest vorlegen zu müssen oder die Abwahlmöglichkeit von wichtigen Fächern beim Abitur zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, in der Tat beinhalten diese hier und heute zu diskutierenden Anträge in vielen Bereichen Schnittmengen, zumindest in der Zielsetzung. Diese Schnittmengen scheinen durch die neuesten SPD-Überlegungen größer geworden zu sein. Doch ich sage genauso deutlich: Entscheidend sind nicht irgendwelche zu Papier gebrachten Absichtserklärungen, sondern entscheidend ist die Umsetzung in der Praxis.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe da nur ein Stück in die jüngste Vergangenheit. Wie sieht es aus in der konkreten Umsetzung von Änderungen in Nordrhein-Westfalen nach den PISA-Ergebnissen - sowohl quantitativ als auch qualitativ? Was ist seitens Rot-Grün seit der ersten Veröffentlichung von PISA konkret umgesetzt worden? Sind die Rahmenbedingungen für eine Verbesserung von Schule zum Positiven verändert?

Beginnen wir bei der Überprüfung dieser Fragen mit der Zahl der Lehrerstellen, die nun wirklich einen wesentlichen Faktor darstellt, um verbesserte Förderung überhaupt zu ermöglichen. Wie sehen diese Zahlen konkret aus?

Frau Ministerin, Sie haben vor einigen Wochen großspurig angekündigt, ca. 1.600 Stellen neu zu besetzen. Sie haben dabei allerdings nur halbherzig erwähnt, dass es sich bei dieser Maßnahme ausschließlich darum handelt, durch Pensionierung frei werdende Stellen neu zu besetzen. Also: Keine Verbesserung der bisherigen Situation!

Sie haben ferner groß angekündigt, im neuen Schuljahr ca. 1.300 Lehrpersonen zusätzlich einzustellen. Sie haben dabei aber meist versäumt, darauf hinzuweisen, dass diese neuen Lehrstellen ausschließlich dazu dienen, zusätzliche Schü-

lerzahlen und neue Fächer - wie Englisch in der Grundschule - aufzufangen. Ergo: Keinerlei Verbesserung der aktuellen Situation!

Sie haben dabei aber drittens meist nicht darauf hingewiesen, dass das Programm "Geld statt Stellen" um 400 Millionen € - sprich: um 800 Lehrstellen - gekürzt worden ist. Fazit: Unter dem Strich ist das eine Schlechterstellung um genau diese 800 Stellen. Anspruch und Wirklichkeit sind bei Ihnen leider zwei verschiedene Welten.

(Beifall bei der CDU)

Es kann doch keine verantwortbare Antwort auf PISA sein, wenn ich die Rahmenbedingungen im Hinblick auf Verbesserungen von Unterricht noch wesentlich verschlechtere.

Was ist geschehen, bzw. was soll geschehen? Ich erwähne beispielhaft die Veränderung der Schuleingangsphase, die Einführung von Ganztagsgrundschulen oder die Profilbildung von Gymnasien. Der letzte Punkt ist geradezu symbolisch dafür, wie Sie mit heißer Nadel ohne die Einbeziehung der Betroffenen Luftballons starten, die dann mit einem erbärmlichen und lauten Knall schon nach kurzer Zeit wieder zum Platzen kommen.

Ähnlich verhält es sich in Bezug auf die geplante Veränderung der Schuleingangsphase. Sprechen Sie einmal mit den Kollegien der Grundschulen. Diese sind frustriert, weil etwas übergestülpt werden soll, ohne pädagogische Konzepte und Erfahrungen zugrunde zu legen.

Zu meinem großen Erstaunen las ich - Sie haben eben auch darauf hingewiesen -, dass die ursprünglich für das Schuljahr 2004/05 geplante Einführung um mindestens ein Jahr verschoben werden soll. Im Schuljahr 2005/06 sind Sie allerdings leider nicht mehr in der Verantwortung, Frau Ministerin.

(Beifall von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU] - Ministerin Ute Schäfer: Leider?)

- Ja, für Sie persönlich meine ich das. - Meine Damen und Herren, die Betroffenen müssen doch bald verrückt werden. Immer wieder werden sie mit Vorhaben konfrontiert, die, mit Hektik vorbereitet, schon wenige Wochen später aufgeschoben bzw. wieder zurückgenommen werden. Und Sie bezeichnen so etwas als Dialogbereitschaft, Frau Ministerin; das ist schon absurd.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Sie haben nicht richtig zugehört!)

Die Frustration in den Lehrerzimmern war noch nie so groß wie heute - und das bei einer Ministe-



rin, die mit dem Ziel angetreten war, Ruhe in die Schulen zu bringen und die Betroffenen bei den Reformvorhaben mitzunehmen. Bisher haben Sie leider das Gegenteil bewiesen, Frau Ministerin.

Die Abschaffung der Schulkindergärten ohne adäquaten Ausgleich ist ein Anschlag auf die jungen Menschen, die noch nicht schulreif sind. In der bisherigen Institution Schulkindergarten konnten sie von entsprechendem Fachpersonal auf die Schulreife vorbereitet werden. Wie Sie das Gleiche ohne pädagogisches Konzept mit 800 Erzieherinnen für 3.400 Grundschulen verantwortlich leisten wollen, ist nicht nachvollziehbar. Gerade diejenigen, die unserer Unterstützung durch individuelle Förderung bedürfen, werden hier von Rot-Grün wieder einmal allein gelassen. Das ist Fakt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich komme zu Ihrem Vorschlag hinsichtlich der Einführung von Ganztagsgrundschulen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass sich alle Betroffenen so einmütig wie selten gegen diesen Etikettenschwindel ausgesprochen haben. Es kann doch nicht die richtige Antwort auf PISA sein, klar erkennbare Defizite fast ausschließlich durch Verlängerung von Betreuungsmaßnahmen angehen zu wollen - und dann auch noch sozial unverträglich, weil es von der zufälligen Finanzkraft einer Gemeinde oder vom Portemonnaie der Eltern abhängt, ob eine solche Maßnahme umsetzbar ist.

Frau Ministerin, ich zitiere jetzt nicht die Bischofskonferenz, sondern die AWO-Kreisverbandsgeschäftsführerin und designierte Landratskandidatin der SPD im Kreis Gütersloh, Frau Ulrike Boden. Im "Westfalenblatt" heißt es:

"Sie hat nachgerechnet, und siehe da: Die Ganztagsrechnung geht vorne und hinten nicht auf. Kommunen müssten gegenüber den bisherigen Betreuungsmodellen kräftig draufzahlen. Da die Städte aber fast schon pleite sind, könnten es am Ende Eltern sein, die mit ihren Beiträgen die Zeche für die Ganztagspläne zahlen müssen."

Das traurige Fazit ist: Alles, was Sie nach PISA bisher auf den Weg gebracht haben oder bringen wollen, ist Aktionismus oder halbherzig und hat mit einer Optimierung von Rahmenbedingungen absolut nichts zu tun.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)**

Ich erkläre allen hier im Hause vertretenen Fraktionen noch einmal die Bereitschaft der CDU-Fraktion, ohne Scheuklappen und Vorurteile er-

gebnisoffen über notwendige Reformkonzepte und gemeinsame Wege zu diskutieren. Es ist nicht maßgeblich, welche Ankündigungen und Ziele in die Diskussion gebracht werden. Allein entscheidend ist, welche konkreten Umsetzungen erfolgen. Hier sieht Ihre Bilanz bisher sehr mager aus.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Sie widersprechen sich doch selbst!)

Eine Reform muss konsequenterweise mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen einhergehen und so zu einer Steigerung der Qualität von Schule führen. Daher sind - gerade nach PISA - einige Grundsätze unverzichtbar, die ich im Folgenden kurz zusammenfasse.

Der Unterrichtsausfall muss sofort gestoppt werden. Überhaupt kein Elternteil hat Verständnis dafür, dass über zusätzliche Angebote - in welchen Bereichen auch immer - diskutiert wird, wenn nicht einmal der in der Studententafel ausgewiesene Unterricht gewährleistet ist. Um dessen Durchführung sicherzustellen, sind zusätzliche Lehrpersonen und eine Stellenreserve unabdingbar notwendig. Die Kürzung im Programm "Geld statt Stellen" ist geradezu kontraproduktiv und daher sofort rückgängig zu machen.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen einer Schullaufbahn. Daher muss nach dem vierten Lebensjahr eine Untersuchung im Hinblick auf die Sprachfähigkeit erfolgen. Gegebenenfalls müssen verpflichtende Fördermaßnahmen durchgeführt werden. Diese Förderung darf weder vom Willen der Eltern noch von der Finanzkraft einer Gemeinde abhängig sein.

Wir müssen umgehend individuelle Fördermöglichkeiten in der Grundschule, aber auch in den Hauptschulen und in vielen Berufskollegs ermöglichen. Das erschütternde Ergebnis von PISA ist, dass fast 30 % der 15-Jährigen nicht richtig lesen und schreiben können. In solchen Fällen ist Jugendarbeitslosigkeit oftmals vorprogrammiert - ein sozialer Sprengstoff sondergleichen.

Meine Damen und Herren, die Konsequenz daraus kann doch nur sein, so etwas durch Fördermöglichkeiten in der Grundschule künftig zu verhindern.

Genauso wichtig und notwendig ist es aber, sich um diejenigen zu kümmern, die bereits durchs Sieb gefallen sind und sich überwiegend in den Hauptschulen und vielen Berufskollegs befinden. Es gilt, alles nur irgend Mögliche zu unternehmen, um zu retten, was für diese jungen Menschen

noch zu retten ist. Auch hier besteht also unmittelbarer Handlungsbedarf; so bald wie möglich muss etwas geschehen.

Der notwendige Abbau von Defiziten im Bereich Lesen und Schreiben wird übrigens auch nicht durch die 250 Sozialarbeiter erfolgen können, so wichtig diese als ergänzende Maßnahme auch sind.

Eine weitere Forderung der CDU lautet, den Ausbau zusätzlicher echter Ganztagsgrundschulen umgehend anzugehen. Ich sage unmissverständlich, dass die von der Landesregierung programmierte Ganztagsgrundschule für uns eine Farce, eine Mogelpackung, ist. Für uns gilt: Wo Schule dran steht, muss Schule drin sein. Dazu gehören die entsprechenden Lehrpersonen, und dafür hat ausschließlich das Land die Kosten zu tragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen sowohl den Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigen als auch eine Antwort auf PISA geben, was Sie nicht tun. Mehr Zeit für Kinder - unter diesem Aspekt sollen nicht nur Bildungs- und Erziehungsdefizite abgebaut, sondern auch besondere Begabungen gefördert werden. Weil wir wissen, dass sich die durchs Sieb Gefallenen überwiegend an Hauptschulen befinden, wollen wir nach einer entsprechenden Bedarfsermittlung an Haupt- und Grundschulen in sozialen Brennpunkten beginnen.

Wir fordern ferner verbindliche Curricula und verbindliche Lernstandards in den verschiedenen Jahrgangsstufen. Dazu gehört sowohl die zentrale Überprüfung nach Klasse 10 in allen Schulformen wie auch ein zentrales Abitur.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass ich noch vor einigen Monaten hier gestanden und Ihnen die Wette angeboten habe, dass Sie sich sehr bald auch für zentrale Prüfungen aussprechen würden. Leider haben Sie diese Wette damals nicht angenommen. Wie hieß es bei Ihnen doch immer so salopp: Durch mehrmaliges Wiegen wird die Sau nicht fetter.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt ja auch!)

- Fest steht aber auch, Frau Löhrmann: Nur wenn ich wiege, kann ich feststellen, ob Fleisch auf den Rippen ist. Wir haben in Nordrhein-Westfalen nach erstmaligem Wiegen Magersucht, eine gefährliche Krankheit, feststellen müssen, Frau Löhrmann.

(Beifall bei der CDU)

Zum Thema "Standardsicherung" darf ich Prof. Baumert zitieren, der sagt:

"Diese Einzelbefunde bestätigen die Dringlichkeit einer wirksamen Standardsicherung. In einem Schulsystem, das mit den vergebenen Abschlüssen Berechtigungen verbindet, müssen Transparenz und Vergleichbarkeit der vergebenen Bewertung gesichert sein."

Meine Damen und Herren, zentrale Überprüfungen sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Transparenz, der Qualitätssteigerung und nicht zuletzt auch der Chancengerechtigkeit. Sie fördern den Wettbewerb und stellen schließlich ein Gütesiegel dar, das sowohl dem Abnehmer von Schule wie vor allen Dingen auch dem Schüler selbst dient.

Ich zitiere aus dem "Generalanzeiger" vom 8. März 2003. Laut Herrn Baumert heißt es dort:

"Die Einführung und die Überprüfung von Bildungsstandards ist die nationale Antwort auf PISA."

Hören Sie jetzt bitte zu, sagt er doch weiter:

"Die Vielgliedrigkeit des deutschen Schulsystems und seine Anpassung an Besonderheiten in einzelnen Bundesländern ist kein Nachteil. Die Abschlüsse müssen aber vergleichbar bleiben. Die Grundsätze der Verteilungsgerechtigkeit dürfen nicht eklatant verletzt werden."

Das sagt Herr Baumert, Frau Löhrmann.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich habe aber auch andere Zitate! Meine Güte!)

Wir fordern letztlich eine Verkürzung der Schulzeit und das Abitur nach zwölf Jahren, wie es in vielen anderen Bundesländern bereits längst üblich ist. Allerdings haben wir die Vorstellung, dabei eine dreijährige Oberstufe vorzusehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind Anforderungen und aus unserer Sicht Kernpunkte, die die Basis bilden sollten und können, auf der wir zu gemeinsamen Ergebnissen kommen können.

Ich darf einmal beispielhaft in vier Punkten ein ganz konkretes Ziel formulieren:

Erstens. Wir wollen bis zum Jahr 2005 die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss mindestens halbieren.

Zweitens. Wir wollen die Zahl der Rückläufer minimieren.

Drittens. Alle Jugendlichen müssen so ausgebildet sein, dass sie eine Berufsausbildung oder das Studium erfolgreich abschließen können.

Viertens. Wir wollen - ich wage kaum, es zu hoffen -, dass Nordrhein-Westfalen beim PISA-Test im Jahre 2006 im internationalen Vergleich mindestens im oberen Drittel liegt.

Das sind zwar hoch gegriffene, aber klare Zielvorgaben, die realistisch umgesetzt werden können, wenn wir das gemeinsam wollen.

Erlauben Sie mir abschließend noch einige Bemerkungen zu der immer wieder ins Spiel gebrachten Strukturdebatte: Meine Damen und Herren, unser Defizit liegt nicht in der Schulstruktur, sondern in den Rahmenbedingungen, die wir Schulen bisher gegeben haben.

Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass auch die SPD eine Verlängerung der Grundschulzeit ablehnt, aber ein Zwei-Säulen-Modell anstrebt. Ganz aktuell hat Professor Baumert übrigens deutlich gemacht, dass die Vielgliedrigkeit des deutschen Schulwesens sowie seine Anpassung an Besonderheiten in den einzelnen Bundesländern keine Nachteile seien. Dabei muss natürlich eine Antwort auf die zurückgehenden Schülerzahlen gefunden werden.

Die CDU hatte dazu im Petersberger Modell einen Vorschlag unterbreitet, nämlich die Zusammenlegung der Haupt- und Gesamtschule zur neuen Aufbauschule. Dazu sage ich aber genauso: Es kann und darf doch wohl keine Lösung sein, eine der im Moment wirklich am besten funktionierenden Schulformen, die am meisten akzeptiert wird, nämlich die Realschule, zur Disposition zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Die Energie um eine Strukturdebatte sollten wir in angemessener Weise in die Diskussion um Qualitätsverbesserung und Motivation unserer Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und auch der Eltern investieren. Die Kämpfe der 70er Jahre sollten Sie nicht wieder aufnehmen. Es wäre ein positives Zeichen auch gegen Politikverdrossenheit, wenn wir uns im Interesse junger Menschen fernab jeder Ideologie und über alle Parteigrenzen hinweg gerade nach PISA um solche gemeinsamen Lösungen bemühen. Die CDU ist dazu bereit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidenten Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Recker. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Pieper-von Heiden das Wort. Bitte schön.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute haben wir das zweite Mal fünf sehr umfassende Anträge vor uns liegen. Frei nach Goethe kommt einem dabei in den Sinn: Entschuldigen Sie den langen Brief, aber es fehlte mir die Zeit, mich kürzer zu fassen.

Ich werde mich jetzt ganz kurz fassen, aber dennoch auf den Titel eines Antrages zurückkommen: Kein Wahlkampf auf dem Rücken unserer Kinder! - Nein, das wollen wir natürlich auch nicht. Aber es liegt ganz an Ihnen, wie schnell wir die Maßnahmen umsetzen können, wie sie jetzt, um die Antwort auf PISA zu geben, angedacht sind. Auch dann wird es keinen Wahlkampf auf dem Rücken unserer Kinder geben, sondern allenfalls einen Wahlkampf für unsere Kinder und die Schulen.

Aber wir müssen Tempo machen und in unsere Schulen endlich Innovation bringen. Wir müssen uns ferner davor hüten, aus PISA die falschen Rückschlüsse zu ziehen und Fehlinterpretationen zu leisten. Frau Löhrmann, dazu kommt mir manches in den Sinn, wenn ich Sie höre.

Wenn Sie von "homogenen Klassen" sprechen, sage ich: Ja, rein formal haben wir in der Tat homogene Klassen, aber eben nur formal und nicht in der Realität. Denn fast 30 % unserer Schüler - auch das hat PISA festgestellt - befinden sich in der für sie falschen Schullaufbahn. Sie sind entweder dramatisch unter- oder überfordert. Jedenfalls sind die an sie gestellten Anforderungen nicht passgenau.

Woran kranken wir denn? Bisher ist der größte gemeinsame Nenner in unseren Klassen doch die relative Altershomogenität. Haben wir einen in etwa gleichen Kenntnis- und Entwicklungsstand unserer Kinder, so ist es völlig egal, wie alt diese Schüler sind. Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel nennen: Am Weser-Gymnasium in Vlotho sitzen in einer Klasse der Sekundarstufe I 20 Schüler, angefangen bei der Jahrgangsstufe 5 bis hin zur Jahrgangsstufe 10. In einer einzigen Klasse lernen sie Japanisch, und das funktioniert fachlich hervorragend. Diese Schüler haben außerdem ein hervorragendes soziales Miteinander. Es kommt also weniger auf das Alter an.

Wir brauchen eine relative Homogenität innerhalb der Lerngruppen. Die Schüler können gerne in einer Klasse sitzen, aber dann lauten wiederum die Fragen: Wie viele Lehrer haben wir in der Klasse, haben wir Sozialpädagogen, haben wir Schulpsychologen an einer Schule, wie groß sind die Klassen insgesamt?

Vom Ziel her ziehen Sie die richtigen Rückschlüsse; nur die Maßnahmen dorthin sind nicht immer die richtigen. Wenn wir uns auf dieses Glatteis begeben, dann haben wir in zwei Jahren die Situation an den Schulen, dass einiges auf den Weg gebracht worden ist - gut gewollt, aber schlecht gemacht. Das können wir nicht weiter riskieren. Wir müssen wirklich sehen, dass wir die Schule auf die Schiene bekommen.

Sie sagen, die Zahl der Sitzbleiber ist zu hoch. Auch uns ist sie zu hoch. Aber was wird denn dagegen getan? Setzen unsere Schulen etwa an der Stärkung der noch vorhandenen Stärken der Schüler oder an der vorhandenen Restmotivation an? Nein, all das passiert nicht. Wir haben keinen vernünftigen Stützunterricht, wir haben keinen Förderunterricht, und wir packen die Schüler nicht bei ihrer Restmotivation, indem wir sagen, das könnt ihr gut und das müsst ihr weiter ausbauen.

Meine Damen und Herren, wenn wir die richtige Antwort auf PISA geben wollen, dann müssen wir völlig andere Probleme lösen. Wir müssen die Lehrerbildung nicht organisatorisch - das ist in diesem Zusammenhang völlig sekundär -, sondern inhaltlich auf den Kopf stellen. Die Lehrer müssen diagnostische Möglichkeiten an die Hand bekommen. Sie müssen diagnostische Fähigkeiten entwickeln. All das ist heute nicht der Fall. Wir können gar nicht individuell fördern; die Lehrer mögen es wollen, aber die meisten können es nicht. Wir brauchen die individuelle Förderung von Schülern. Damit meine ich nicht ein bisschen Differenzierung innerhalb der Klassen, sondern eine Individualisierung des Lernens. Individualisierung des Lernens wird in den nächsten Jahren das zentrale bildungspolitische Thema sein. Dem werden wir nicht ausweichen können; es ist auch von hoher Wichtigkeit.

Was machen wir? Wir sprechen davon, Leistung abzufragen und Leistung zu überprüfen. Das ist alles wichtig, und es ist auch wichtig, Rahmenkriterien zu setzen. Das ist gar keine Frage; das brauchen wir. Aber vor allen Dingen brauchen wir eine Messung der kognitiven Fähigkeiten unserer Kinder. Wenn wir Kinder individuell fördern müssen oder wollen - wir müssen und wollen sie fördern -, dann müssen wir sie in kleine passende Befähigungsgruppen bringen. Dazu müssen wir erst einmal wissen, was sie überhaupt leisten können. Das müssen wir zu einem möglichst frühen Zeitpunkt wissen und nicht irgendwann messen. Das ist bisher in Ihrer Diskussion überhaupt nicht beachtet worden, ist aber ein zentrales Thema. Sonst werden wir scheitern, sonst wird es

am Ende wiederum keine individuelle Förderung aller Begabungen geben.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Frau Pieper-von Heiden, Ihre Redezeit ist beendet.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Ich komme gleich zum Ende. Es gäbe noch viel zu sagen; Sie werden es bedauern, wenn ich all das nicht mehr sagen kann.

All das können Sie auf Seite 183 der PISA-Studie nachlesen. Das ist erstmals überhaupt in ganz Deutschland gemacht worden. Das Ausland lacht uns dafür aus; denn dort macht man das seit Jahren. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Meine Damen und Herren, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Koczy das Wort.

**Ute Koczy (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser grünes Credo lautet: Bildung von Anfang an. In einer Bildungsdebatte wie heute halte ich es für unverzichtbar, darauf hinzuweisen, dass es auf die ersten Jahre der Kinder ankommt. "Was Gretchen nicht lernt, lernt Grete nimmermehr", so lautet das etwas feminisierte Sprichwort mit seiner bemerkenswerten pädagogischen Einsicht.

Daher ist es so wichtig, dass wir im GTK, im Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder in NRW, das Credo haben: Bildung, Betreuung und Erziehung. Damit haben wir uns auf einen Qualitätsweg begeben, der heute noch gilt und der meiner Meinung nach die richtigen Weichen gestellt hat.

Trotzdem haben wir es uns in der Bundesrepublik erlaubt, diese ersten Jahre institutionell im Vergleich zu anderen Bildungsinstitutionen zu vernachlässigen. Andere Länder waren da schlauer. Jetzt gilt es mit aller Macht, diesen Rückstand zu beseitigen. Aber ich will ehrlich sein: Die finanzielle Situation legt uns zahlreiche Fesseln an. Dies ist allen bekannt, darauf muss man aber auch reagieren und darf es nicht verschweigen und so tun, als läge es nicht auf dem Tisch.

Bildung von Anfang an heißt nicht, Leistungsdruck und Standards von der Schule auf die Kindertagesstätten zu übertragen, sondern Bildung von Anfang an heißt, dem eigenständigen Bildungsauftrag, den wir in Nordrhein-Westfalen etabliert haben, im Elementarbereich zu seinem Recht zu verhelfen. Dieses hat sehr viele Facetten.

Lassen Sie mich aus dem Beitrag der kürzlich verstorbenen Dörte van der Voort zitieren, die uns Fachleuten bekannt ist und die wir vermissen, die zu den Rechten der Kinder in unseren Kindertagesstätten in der DPWV-Broschüre "Denkanstöße" Folgendes schrieb:

"Die zentrale Aufgabe unserer Kindertagesstätten ist es, Kindern zu helfen, in die Welt hineinzuwachsen, sie zur Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen, sie zu emanzipieren, das heißt Lernsituationen zu organisieren, die einen höchstmöglichen Grad an Beteiligung und selbst organisiertem Handeln bewirken."

Sie fügte noch hinzu: "In der Praxis sind wir noch weit davon entfernt."

Sie hat damit einen Bildungsauftrag formuliert, der weiter als nur für den Elementarbereich reicht und der zeigt, in welche Richtung es gehen muss. Das sind hohe Anforderungen an das Personal. Ich denke, wir müssen uns auf den Weg machen, gerade in der Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen tatsächlich diese Anforderungen, die wir formulieren, umzusetzen. Wir haben uns dazu in Nordrhein-Westfalen teilweise auf den Weg gemacht. Ich denke, wir können hier fortschreiten. Wir sollten diese Dinge weiterhin umsetzen und darauf achten.

Wir müssen mit unserem Bildungssystem, das tatsächlich in den Kindertageseinrichtungen anfängt, von Anfang an dafür sorgen, dass Kinder im Aufwachsen vonseiten der Erwachsenen unterstützt werden. Mir ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass dann, wenn es in die Schule geht, die Verzahnung zwischen Jugendhilfe und Schule ein wichtiges Gut ist, das wir anstreben und das wir mit dem Programm "Offene Ganztagschule" auf den Weg bringen wollen.

Wenn mir heute Grundschullehrerinnen sagen, dass es wichtig ist und für den Vormittagsunterricht an den Schulen ein Stück Qualität bringt, wenn Kinder nachmittags betreut werden, und zwar verlässlich und professionell, dann sehe ich uns mit der offenen Ganztagschule auf dem richtigen Weg.

Wenn wir für Kinder in der offenen Ganztagschule ein Angebot schaffen, das die schulischen und die außerunterrichtlichen Angebote miteinander verknüpft, dann glaube ich, dass wir ein Mehr an Qualität bekommen, die letztlich auch mehr Kindern zur Verfügung steht als jetzt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Koczy. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Flessenkemper das Wort.

**Bernd Flessenkemper (SPD):** Verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es tut gut, von der CDU attestiert zu bekommen, dass die SPD in dieser Frage lernfähig ist. Umgekehrt kann ich das leider nicht sagen, denn das, was wir von Herrn Recker gehört haben - nachdem Herr Dr. Rüttgers gesagt hat, wir sind auf dem Weg zu gemeinsam orientierten Zielen und stellen fest, dass sich die SPD deutlich bewegt -, war ausgesprochen rückwärts gerichtet. Dies bietet überhaupt keine Basis für Gemeinsamkeiten, denn man kann nicht davon ausgehen, dass die CDU bereit ist, zu lernen, sondern sie hält ihre Konzepte, die sie vorgestern entwickelt hat, nach wie vor für die richtigen.

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Alle Fachleute und insbesondere die Länder außerhalb der Bundesrepublik, von denen wir lernen wollen, sagen und zeigen uns - hier besteht doch im Grunde Einigkeit -, dass eine Bildungsreform ein langjährig angelegter Prozess ist. Insofern hat sich die SPD sehr frühzeitig auf diesen Prozess eingelassen - dazu gehört Lernfähigkeit - und eine intensive Diskussion angestoßen. Wir haben sehr frühzeitig gesagt, dass die ersten nötigen Schritte bereits unternommen werden können.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, haben dies in Ihren Beiträgen immer wieder infrage gestellt, indem Sie gesagt haben, dass Sie bei allem, was noch miteinander diskutiert werden muss, vermissen, dass die Diskussion nicht richtig vorankomme, dass nach PISA zu wenig geschehe. Deshalb möchte ich die Debatte nutzen, um Ihnen an einigen Schwerpunkten aus dem Elementarbereich, auf den ich mich konzentriere, einmal vor Augen zu führen, dass Ihre Bewertung völlig falsch ist.

Wir haben vor einem Jahr bezogen auf den Elementarbereich gesagt, dass wir uns eine Weiterentwicklung und Präzisierung eines ganzheitlichen Erziehungs- und Bildungsauftrages wünschen. Wir haben darüber gesprochen, dass die verbindliche Umsetzung des Förderbedarfes für jedes einzelne Kind von Anfang an, und zwar insbesondere auf die Sprachförderung bezogen, verstärkt und dass die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen entsprechend angepasst werden muss. Darüber hinaus haben wir über die stärkere Kooperation und Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule gesprochen. An diesen Beispielen will ich deutlich machen, dass wir nicht

nur darüber gesprochen haben, sondern dass schon eine ganze Menge geschehen ist. Im Übrigen sind das ja auch Punkte, die wir zumindest in der Tendenz auch in Ihren Anträgen finden.

Ich komme zunächst auf die Weiterentwicklung und die Präzisierung des Erziehungs- und Bildungsauftrages zu sprechen. Wir haben mit der letzten Novelle des GTK eine so genannte Steuerungsgruppe installiert, in der Expertinnen und Experten, die aus der Praxis kommen, vertreten sind. Diese Gruppe beschäftigt sich schon seit einigen Monaten damit, wie der Bildungsauftrag präzisiert werden kann. Das Ziel ist, bis zur Sommerpause ein gemeinsames Memorandum zu erstellen. In einem solchen Memorandum sollten die Ziele, die Schwerpunkte der Arbeit, aber natürlich auch die begleitende Evaluierung festgeschrieben werden. Das Ganze soll an dem Schulfähigkeitsprofil orientiert werden. Dazu liegt bereits ein Entwurf vor, der sich zurzeit in der Diskussion befindet. Wenn wir uns politisch zügig in diese Diskussion einklinken, dann kann, müsste und sollte es gelingen, dass diese grundsätzlichen Positionen über das Memorandum bereits im Schuljahr 2003/2004, also ab September, wirksam werden.

Zum Thema "Frühkindliche Bildung in Tageseinrichtungen" findet zurzeit eine ganze Reihe von fachpolitischen Diskursen und Workshops statt. Sie dienen dazu, analog zu diesen entwickelten Zielen Umsetzungskonzepte für Tageseinrichtungen zu entwickeln, und zwar ausgehend von den Selbstbildungspotenzialen der Kinder. Die Ergebnisse dieser Projekte werden ebenfalls in die Diskussion einzubeziehen sein. Daraus ergeben sich die nächsten konkreten Schritte zur Fortbildung und Qualifizierung des pädagogischen Personals.

Ebenfalls auf den Weg gebracht ist das Schulrechtsänderungsgesetz. Dort wird festgelegt - das wissen Sie -, dass bereits mit dem vierten Lebensjahr zwischen Eltern, Erzieherinnen und Schulträger ein Informationsaustausch stattfinden soll, um bereits in dieser Phase Bildungs- und Erziehungsaspekte zu beraten und daraus gezielt Förderungsnotwendigkeiten abzuleiten. Dies zeigt doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass bezogen auf die Weiterentwicklung des Erziehungs- und Bildungsauftrages schon einiges auf den Weg gebracht worden ist.

Das Gleiche gilt für die verbindliche Umsetzung eines gezielten Förderbedarfes für jedes Kind. Ich konzentriere mich hier auf die Sprachförderung. Bereits im letzten Jahr, also 2002, wurden dazu ca. 1.600 Maßnahmen durchgeführt. Zur Förderung dieser Maßnahmen hat die Landesregierung

etwa 2 Millionen € ausgegeben. In diesem Jahr sind die Mittel mehr als verdoppelt worden. Das heißt, dass wir deutlich mehr als 3.000 Maßnahmen durchführen können und damit deutlich mehr als 30.000 Kinder erreichen werden.

Schon im Kindergartenjahr 2003 will die Landesregierung den Tageseinrichtungen ein Beobachtungsverfahren zur Sprachstandsfeststellung an die Hand geben, das inzwischen speziell für Tageseinrichtungen entwickelt wurde. Verbindlich wird die Sprachstandserfassung durch das bereits angesprochene Schulrechtsänderungsgesetz. Ebenfalls verbindlich wird die Verpflichtung, an Sprachförderkursen teilzunehmen. In Vorbereitung des nächsten Schuljahres, also 2004/2005, wollen wir damit bereits im September beginnen. All dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstreicht, dass wir auch in diesem Bereich einen deutlichen Schritt weiter gekommen sind.

Damit komme ich zum dritten Punkt, nämlich zur Anpassung der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen. In einem ersten Schritt wurden bzw. werden zurzeit Materialien zur Fortbildung des pädagogischen Personals in den Tageseinrichtungen erstellt, aktualisiert und in die Landschaft hineingetragen. Insbesondere für die Erstellung von Dokumentationen und Bildungsberichten gibt es Beobachtungsleitfäden und Arbeitshilfen. Dies ist die notwendige Voraussetzung und Grundlage dafür, dass wir in einem zweiten Schritt über die verbesserte Diagnose und Interventionsfähigkeit in Tageseinrichtungen diskutieren können, woraus wir entsprechende Vorschläge ableiten, was die Weiterbildung und insbesondere die Ausbildung des pädagogischen Personals angeht.

Ergänzend die Frage, wie die frühkindliche Bildungsarbeit insgesamt aussehen soll. Auch dazu gibt es bereits erste Vorschläge für Praxismaterialien und ergänzende Projekte, die zurzeit durchgeführt werden. Auch da sind wir in der Umsetzung von sehr praxisorientierten Beispielen, die dann verallgemeinert werden können.

Damit komme ich zu der geforderten verstärkten Kooperation und Verzahnung von Kindergarten - oder ganz allgemein von Jugendhilfe - und Schule, die ich im vierten Punkt angesprochen habe. Auch hier - das ist heute schon an anderer Stelle gesagt worden - sind wir nicht erst bei Vorüberlegungen, sondern schon deutlich auf dem Weg. Erste Akzente sind im Schulrechtsänderungsgesetz gesetzt wie beispielsweise die angesprochene verbindliche Durchführung der Elterninformationsgespräche. Aber ganz konkret wird die Zusammenarbeit durch die Umsetzung der offenen

Ganztagschule. Auch hierzu ist von meinen Kolleginnen und Kollegen schon einiges gesagt worden.

Wir haben damals in unserem Antrag die Rahmenbedingungen formuliert. Auch wenn wir erst heute über diesen Antrag abstimmen werden, so ist festzustellen, dass sich genau das, was wir damals formuliert haben, schwerpunktmäßig in den Eckpunkten der Förderrichtlinie und des Erlasses wiederfindet, die im Februar dieses Jahres durch die Landesregierung auf den Weg gebracht worden sind, nämlich die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule in ganz konkreten Punkten verbindlich vorzuschreiben, beispielsweise in der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen, beispielsweise in der Zusammensetzung derjenigen, die das Konzept entwickeln wollen, und beispielsweise auch in der Zusammensetzung derjenigen, die sich über Bildungs-, Betreuungs-, Erziehungs- und pädagogischen Bedarf auseinander setzen.

Das alles zeigt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir bei sehr vielen Punkten im Grunde schon ein gutes Stück des Weges vorangekommen sind und uns nicht nur mit den notwendigen Punkten der nächsten Schritte befassen. Der Prozess der Veränderung in unseren Schulen, der zu einer besseren Qualität, zu besseren Leistungen, zu mehr Chancengleichheit führen soll, ist in Nordrhein-Westfalen bereits eingeleitet. Die ersten Schritte - ich finde, man kann schon sagen: nicht nur die ersten Schritte, sondern ein gutes Stück des Weges - sind wir bereits vorangekommen.

Das Ganze sollte Mut machen, Mut machen auch für weitere Veränderungen, die anstehen, für die wir aber immer reklamiert haben, dass sie erst noch intensiver diskutiert werden müssen. Aber - die Diskussion können Sie gerade in den letzten Tagen ganz aktuell verfolgen - es geht nicht nur darum, gute Ideen zu haben, sondern man muss sich auch damit auseinander setzen, inwieweit gute Ideen durchgesetzt werden müssen. Das bedingt Diskussionsprozesse nicht nur innerhalb der Parteien, sondern insbesondere mit denjenigen, die betroffen sind. Denn nur dann haben wir eine Chance, die Ideen nicht gegen erhebliche Widerstände durch Gesetz umzusetzen, sondern indem wir die meisten der Betroffenen mitnehmen, so wie die Ministerin es ausgesprochen hat.

Wir waren mit dem Ausschuss in Finnland. Da haben wir lernen können, dass es auch dort damals, als es darum ging, die Bildungsreform auf den Weg zu bringen, erhebliche Widerstände gab. Aber der Unterschied zu dem, was wir hier zu-

mindest im Moment noch feststellen, was wir vielleicht noch überwinden können, ist der, dass man sich in Finnland über Parteigrenzen hinweg, zumindest was die grundsätzlichen Positionen angeht, verständigt hat und diese gemeinsam getragen und umgesetzt hat. Es wäre schön, wenn wir auch in diesem Punkt von Finnland lernen könnten, damit sich unsere Schülerinnen und Schüler in einigen Jahren tatsächlich wieder in den Spitzengruppen wiederfinden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Flessenkemper. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Dr. Seidl das Wort.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die offene Kritik der PISA-Forscher an der Zergliederung des Schulsystems war diesmal ausgesprochen deutlich. Deshalb muss die Strukturfrage auch in Nordrhein-Westfalen endlich auf den Tisch und politisch geklärt werden. Ich begrüße es deshalb, dass inzwischen alle Fraktionen in die entsprechenden Debatten eingetreten sind und dies heute auch bekräftigt haben.

Wir brauchen darüber hinaus mehr Objektivität und Vergleichbarkeit bei der Leistungsbewertung. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine Verschärfung der Bewertungspraxis, sondern, wie Baumert es vorsichtig ausdrückt, um eine Entschärfung der Bewertungsproblematik. Das heißt im Klartext: Die Leistungsbewertung hat sich an der Einhaltung von Mindeststandards zu orientieren. Diese Mindeststandards gilt es in Nordrhein-Westfalen einzuführen und zu überwachen.

Es muss uns zudem gelingen, Migrantenkinder ausreichend zu fördern. Der Ausbau der vorschulischen Sprachförderung muss in den kommenden Jahren weiter intensiviert und die erforderlichen Mittel hierfür müssen bereitgestellt werden.

Wenn wir über diese Punkte fraktionsübergreifend einen Konsens erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann sind wir, denke ich, einen ganzen Schritt weiter hin zu der so wichtigen und notwendigen Schulreform in Nordrhein-Westfalen.

Die uns vorliegende Vielfalt von Anträgen mit sehr unterschiedlicher bildungspolitischer Ausrichtung trägt allerdings nicht zur Klarheit in der Sache bei. Was wir brauchen, sind eine ernsthafte Debatte über die Weiterentwicklung der Qualität des nordrhein-westfälischen Schulwesens und Lösungsvorschläge, die sich auf die empirische Auswertung der PISA-Studie stützen.

Mit Ihrer großen Schulreform, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, fordern Sie zwar Visionen ein, bleiben dabei aber selbst enttäuschend rückwärts gewandt. Im Lichte von PISA hätten Sie diesen Antrag eigentlich zurückziehen müssen. Die begabungsgerechte Gliederung des Schulwesens erscheint nach den Erkenntnissen von PISA kein zeitgemäßer Begriff mehr zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frühe Auslese führt nicht zu höheren Spitzenleistungen, im Gegenteil: Sie verhindert, dass sich die Lernpotenziale von Kindern optimal entfalten können.

Die FDP-Fraktion fordert Noten ab Klasse eins und ein durchdekliniertes Prüfungssystem. Dieser Weg hat eher etwas mit einer Verschärfung von Selektion zu tun als mit der Herstellung von Unterrichtsqualität und dem Anspruch, möglichst viele Kinder und Jugendliche zu einem guten Abschluss zu führen.

Die Frage, die sich stellt, ist doch: Wie erreiche ich ein Höchstmaß an neuer Unterrichts- und Förderqualität in unseren Schulen, und wie schaffe ich es, möglichst viele Kinder und Jugendliche zu einem qualitativ vergleichbaren Abschluss zu führen?

Gemessen an dem Entwicklungsstand anderer Industrienationen ist nicht davon auszugehen - sagt Baumert -, dass der Prozess der Bildungsexpansion in Deutschland bereits abgeschlossen ist. Wir brauchen deshalb künftig mehr Abiturientinnen und Abiturienten und auch mehr qualifizierte Hochschulabsolventen, wie der aktuelle Bedarf auf dem Arbeitsmarkt es zeigt. Der Weg einer frühzeitigen Selektion und der Traum von homogenen Lerngruppen führen nach allem, was wir aus PISA gelernt haben, in eine bildungspolitische Sackgasse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb sind die Schritte, die wir gehen müssen, klar vorgezeichnet. Unsere Kinder sollen von Anfang an in einer flexiblen Einschulungsphase gezielter lernen. Wir wollen unsere Grundschulen ganztags öffnen. Hierzu brauchen wir natürlich das Konzept der offenen Ganztagschule. Die offene Ganztagsgrundschule ist mehr als Schule, und Schule ist mehr als Unterricht. Das scheint Herr Witzel, der im Augenblick nicht da ist, nicht so richtig verstanden zu haben.

Nicht zuletzt: Wir müssen uns über die Struktur unseres Schulsystems verständigen. Die PISA-Spitzenländer haben durchweg ein integratives,

gemeinsames Schulsystem bis etwa zur neunten Klasse.

Vor allem zeigen die skandinavischen Länder, dass das gemeinsame Lernen in heterogenen Gruppen bis zur neunten Klasse nicht zur Behinderung des Lernfortschritts führt, sondern es im Gegenteil das selbstverantwortliche Lernen und die gegenseitige Unterstützung starker und schwächerer Schüler und Schülerinnen fördert. Wir Grüne halten deshalb eine Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit für geboten.

Aus unserer Sicht sind das die wichtigsten Reformschritte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur eine Versachlichung der Diskussion wird zu einer Umsetzung beitragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Moron das Wort.

**Edgar Moron (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich hier nur zu Wort gemeldet, weil ich an Herrn Dr. Rüttgers einige Fragen stellen möchte. Sein Beitrag hat sicherlich ein überzogenes, ein oppositionelles Bild des Schulsystems in Nordrhein-Westfalen gezeichnet. Das möchte ich so stehen lassen und auf den zweiten Teil eingehen.

Dort haben Sie ausgeführt, wir könnten über vieles miteinander reden und wir träfen uns auch an manchen Stellen. Dann hat Herr Recker geredet und nun weiß ich nicht mehr, was gilt.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

Deshalb würde ich gern in ganz ruhigem Ton einige Fragen an Sie stellen - an die CDU und an Sie als Vorsitzenden der CDU-Fraktion und der CDU-Landespartei in NRW.

Herr Dr. Rüttgers, können wir miteinander über das Schulsystem und seine Struktur reden? Oder gilt als letztes Wort das, was Herr Recker gesagt hat? Die CDU ist wie immer der Meinung, wir sollten die Gesamtschulen auflösen, jetzt sagen Sie, wir sollten sie mit den Hauptschulen zu Aufbau-schulen zusammenlegen. Das wäre praktisch dasselbe. Ansonsten bleibt alles so, wie es ist. - Ist das Ihre Position?

Es bleibt bei unserem so stark gegliederten System, wir wollen nur die Gesamtschulen auflösen. - Ist das Ihre Politik? Wenn das so ist, werden wir nicht zusammenkommen. Dies nicht, weil wir un-



ter allen Umständen an den Gesamtschulen hängen, sondern weil wir glauben, es kann keine Antwort auf die PISA-Ergebnisse sein, unser stark gegliedertes Schulsystem auf Dauer so festzuschreiben. Wir müssen andere Wege eröffnen. Darüber wollen wir mit Ihnen reden. Wenn Sie aber sagen, dass Sie dazu nicht gesprächsbereit sind, fällt uns das schwer.

Die zweite Frage an Sie: Wie verhält es sich mit den Ganztagsgrundschulen? Sind Sie mit uns dafür, dass wir eine offene Ganztagsgrundschule einführen, bei der es in der ersten Phase nicht Pflicht ist, an der Ganztagsgrundschule teilzunehmen, sondern bei der es vielleicht erst im Laufe eines Prozesses zu einer Pflicht wird, an ihr teilzunehmen, aber nicht am Anfang, weil das nicht alle Eltern wollen? - Können wir uns darüber einigen? Und auch darüber, dass diese Ganztagsgrundschule dann nicht nur von Lehrern betrieben wird, sondern das auch andere Kräfte an dieser Schule mitwirken?

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Das können wir machen!)

- Warum kämpfen Sie dann gegen die offene Ganztagsgrundschule? Das verstehe ich dann überhaupt nicht.

Aber gut: Wenn Sie der Meinung sind, das könnten wir machen, so ist das eine Gemeinsamkeit, auf die wir aufbauen könnten. Das würde ich sehr begrüßen.

Ich frage Sie, Herr Dr. Rüttgers: Sind Sie auch der Meinung, dass die Schule der Zukunft eine selbstständige Schule sein sollte, wie es sich auch aus PISA ergeben hat? Es soll weniger staatliche Reglementierung geben und sie soll weniger geführt sein durch Bezirksregierung, Schulaufsicht und andere, sondern in Eigenverantwortung vor Ort geführt werden durch die jeweiligen Gremien, den Rektor, das Lehrerkollegium, die Elternbeiräte und vor allem auch durch den Schulträger. Verantwortung soll nach unten gegeben werden. Ist das Modell selbstständige Schule für alle Schulen in Nordrhein-Westfalen ein Modell, das Sie mittragen? Können wir uns darauf einigen?

Dann ist es möglich, dass wir über viele Details miteinander reden. Wenn es eine gemeinsame Richtung gibt, lassen Sie uns das festhalten. Ich fände das gut. Lassen Sie uns dann im weiteren Verfahren über Einzelheiten reden.

Sind Sie wie wir auch der Meinung, dass wir für Kinder im fünften Lebensjahr ein Kindergartenpflichtjahr einführen sollten? - Bislang hatten Sie

immer Vorbehalte gegen den Zwang geäußert, dass diese Kinder auch in den Kindergarten gehen müssten. Stimmen Sie uns zu, dass alle Kinder im fünften Lebensjahr in einen Kindergarten zu gehen haben?

Das hat dann Konsequenzen, die für den Finanzminister ziemlich unangenehm sind. Denn wir können dann keine Elternbeiträge mehr erheben. Das kostet viel Geld. Sind Sie mit uns der Meinung, dass wir das machen sollten? Ist das auch ein Modell, bei dem Sie sich wiederfinden und mitwirken wollen?

Sind Sie mit uns der Meinung, dass wir nach Instrumenten suchen müssen, wie wir das so genannte Sitzenbleiben verhindern oder verringern können? Vielleicht können wir es nicht ganz verhindern, zumindest aber verringern. Arbeiten Sie da mit uns zusammen? Gehen wir gemeinsam diesen Weg?

Helfen Sie uns dabei und wir Ihnen, das Durchreichen von einer Schulform in die nächst niedrige zu blockieren? Damit helfen wir auch allen Schulen, Schülerinnen und Schülern? Sind Sie mit uns der Meinung, dass wir das nicht mehr wie bisher machen sollten, sodass wir demnächst nicht mehr so viele Sonderschüler haben wie jetzt? Diese hat man immer weiter durchgereicht. Machen Sie dabei mit und helfen dabei? Im Übrigen: Das alles sind PISA-Ergebnisse, die wir umsetzen müssen. Sind Sie mit dabei?

Ich hatte den Eindruck, dass es in Ihrem Vortrag vieles gab, bei dem wir uns wiederfinden, aber das war durch die Rede von Herrn Recker leider wieder unklar geworden.

Setzen Sie sich mit uns für ein Abitur nach 12 Jahren ein? - Ja, das ist auch Ihr Vorschlag. Aber man kann auch in 13 Jahren das Abitur machen. Denn nicht jeder wird es in 12 Jahren schaffen. Manch einer von uns Abgeordneten hat das Abitur auch nicht in der vorgesehenen Regelzeit geschafft, sondern hat länger gebraucht.

(Zuruf von der SPD: Das ist wahr!)

Und das sind nicht immer die schlechtesten gewesen. Ich nehme mich da gar nicht aus. Warum sollte man sich dazu nicht bekennen? Das ist doch keine Schande! - Wollen wir das auch zulassen? Dann finden wir uns dort wieder und werden Wege finden.

Weiterhin frage ich Sie, Herr Dr. Rüttgers, wie es sich mit den zentralen Prüfungen bzw. den so genannten Lernstandserhebungen verhält. Wollen wir dabei auch Prüfelemente vorsehen, die sich auf das jeweilige Schulprofil beziehen, damit sich

das besondere Profil der Schule auch in den Prüfungsaufgaben wieder findet? Oder soll alles nur noch zentral vorgegeben werden? Wir würden gern auch noch Elemente, die sich auf das Schulprofil beziehen, in das Prüfungsverfahren einbetten. Es sollen nicht nur von der Zentrale, d. h. letztlich vom Ministerium oder der Behörde, vorgegebene Prüfungsaufgaben abgefragt werden. Können wir uns darüber verständigen? Dann haben wir eine ganze Menge Punkte, die in den nächsten Monaten sehr schnell und konkret auf den Weg gebracht werden können.

Aber dann lassen Sie bitte diese Debatten, bei denen wir uns gegenseitig vorwerfen, immer der andere sei ideologiebehaftet, nur man selbst sei rein objektiv. Das glaubt doch kein Mensch. Ich nehme es noch nicht einmal für uns in Anspruch. Und schaue ich mir die Debatte und den Vortrag von Herrn Recker an, so möchte ich entgegenen: Lieber Herr Recker, ideologiefrei war Ihr Vortrag beileibe nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Moron. - Für die Landesregierung hat jetzt Ministerin Schäfer das Wort.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte auf Herrn Recker reagieren: Bei unserer vorherigen Diskussion fand ich seinen Beitrag sehr, sehr rückwärts gewandt. Er war wenig zukunftsorientiert. Herr Recker, das muss ich Ihnen leider an dieser Stelle bescheinigen. Ihr Vortrag klang für mich wie eine stereotype Rede, die Sie schon vor ein bis zwei Jahren an anderen Stellen gehalten haben.

Die Rede enthielt keinerlei Lösungsansätze für das, was wir zukünftig gemeinsam in diesem Land erreichen können und wollen.

Angesichts der Tatsache, dass PISA das Leseverständnis getestet hat, möchte ich vorschlagen, dass bei einigen Abgeordneten das Hörverständnis getestet wird. Denn wenn wir, ich in meiner Funktion als Ministerin und die anderen Fraktionen, über zentrale Prüfungen gesprochen haben, dann ist das auf dem Hintergrund von Voraussetzungen passiert, die eine wichtige Basis sind, um überhaupt über zentrale Prüfungen reden zu können, nämlich auf dem Hintergrund von Lernstandserhebungen und individueller Förderung in einem Schulsystem und auf dem Hintergrund der Tatsache, dass wir uns der Aufforderung von PISA stellen, für mehr Klarheit, Objektivität und Transparenz zu sorgen.

Das ist ein deutlicher Unterschied zu Ihren Forderungen, die Sie schon vor Jahren erhoben haben. Ihre Forderungen nach Zentralprüfungen beinhalten nichts anderes als eine Selektion, eine Auslese von Schülerinnen und Schülern und ein Prüfinstrument, das nur auf dieser Basis fußt. Das ist uns in der Tat immer zu wenig gewesen, und es wird uns auch in Zukunft zu wenig sein. Deswegen reden wir über diese Sache nur in einem Kontext von den Überlegungen, die wir hier auch erläutert haben.

Der nächste Punkt, das Zentralabitur und das Abitur nach zwölf Jahren: Das Abitur nach zwölf Jahren ist jetzt schon möglich. Das war nie ein Streitpunkt. Aber auch das wird von Ihrer Seite immer nur selektiv gesehen unter dem Gesichtspunkt, Tempo zu machen, und es ist gar nicht auf Durchlässigkeit und Mitnahme aller Schülerinnen und Schüler an einem Bildungssystem ausgerichtet. Wir reden in dem Zusammenhang auch über zwölf Jahre. Wir reden über Flexibilisierung in einer Schuleingangsphase. Warum reden wir nicht auch über Flexibilisierung in einer Schulausgangsphase, was die Sekundarstufe II angeht? Das ist der richtige Weg, über den wir nachdenken müssen - immer mit dem Ziel, so viele Schülerinnen und Schüler wie irgend möglich mitzunehmen und so wenige wie irgend möglich auf dem Weg zurückzulassen und nicht zu selektieren.

Jetzt möchte ich noch ein paar Anmerkungen zum Thema Ressourcen machen. Ich möchte für das Land an dieser Stelle anmerken, dass wir angesichts der schwierigen Haushaltsbedingungen auch in diesem Jahr im Haushalt eine konsequente Prioritätensetzung für Bildung wiederfinden. Denn wir haben bei einem Rückgang des Gesamtvolumens um 0,9 % den Bildungsetat - jetzt schaue ich auch einmal den Finanzminister an - immerhin um 2,6 % angehoben. Das ist angesichts der Dimension unseres Haushaltes in Nordrhein-Westfalen kein Pappenstiel.

Ich betone an dieser Stelle ausdrücklich: Der Stufenplan gilt. Unsere Schulen bekommen zusätzlich 1.329 Stellen. Trotz schwieriger Finanzbedingungen hat das Land die Lehrerarbeitszeit nicht erhöht. Auch das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich betonen. Es ist uns nicht schwer gefallen, die Lehrerarbeitszeit nicht zu erhöhen. Es fällt uns allerdings schwer, die finanziellen Mittel in diesem Zusammenhang zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte, um Ihnen die Dimension zu verdeutlichen, darauf hinweisen, dass wir in den Jahren 1995 bis 2001 40.000 Lehrerinnen und Lehrer

eingestellt haben. Das ist auch eine Zahl, die man sich einmal vor Augen führen muss. In den nächsten drei Jahren werden wir weitere 25.000 Lehrer einstellen. Auch das ist ein Punkt, der eine enorme Kraftanstrengung für unser Land bedeutet.

Ich komme zur offenen Ganztagssschule: Unser Vorschlag basiert auf einem 60%igen Personalzuschlag, der absichert, dass die Kinder an fünf Tagen in der Woche, auch in den Ferien, im Rahmen dieses Angebots in den Schulen sein können. Es ist noch gar nicht so lange her, da haben wir Ihren Antrag diskutiert, den Sie im Landtag eingebracht haben. Ich habe Ihnen vorge-rechnet, dass Ihr Antrag nicht einmal in Ansätzen für eine Ganztagsgrundschule reicht. Ich bitte Sie, erst einmal Ihre Hausaufgaben zu machen und einen vernünftigen Gegenvorschlag vorzutragen, der wenigstens in Ansätzen das erreicht, was wir hier als Antrag eingebracht haben und den wir zurzeit umsetzen.

Das, was Sie uns auf den Tisch gelegt haben, reichte hinten und vorne nicht.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt stellen Sie sich hierhin und wollen unsere Pläne als Billiglösung verkaufen. Das passt nicht zusammen. Sie werden damit im gesamten Land auch nicht glaubwürdig. Auch wenn Sie die Zukunft unserer Kinder ständig im Munde führen, ist das zumindest an der Stelle, was eine wirkliche Ganztagsgrundschule mit dem Angebot von fünf Tagen und auch in den Ferien betrifft, von Ihnen nicht ernst gemeint.

Der Vollständigkeit halber erwähne ich, weil Sie immer von Billiglösungen sprechen, dass wir als Land 800 Lehrerstellen einrichten werden, und zwar genau für dieses Angebot bis 2006/2007 - im nächsten Jahr allein schon hundert neben einem finanziellen Anteil, den wir als Land auch noch den Kommunen zur Verfügung stellen, um das außerunterrichtliche Angebot mit dem Eigenanteil der Kommunen finanzieren zu können. Diese Fakten sind Ihnen hinlänglich bekannt. Sie gehen aber ständig durch das Land und erwecken den Eindruck, wir machten eine Billiglösung.

Das, was ich Ihnen von der Bischofskonferenz eben vorgelesen habe, macht mehr als deutlich, dass wir auch mit der Art des Angebotes auf Resonanz im gesamten Land stoßen. Natürlich gibt es Widerstände - das wissen wir. Die Widerstände kommen auch von Menschen, die in Institutionen wie Horten arbeiten. Das ist ganz normal. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Personen erst einmal Angst vor Veränderungen haben. Wir wollen sie auf dem Weg aber mitnehmen, weil wir der

Meinung sind, dass wir in diesem Bereich sogar zusätzliche Arbeitsplätze werden schaffen können und kein Arbeitsplatz in diesem gesamten System verloren gehen wird.

Ich möchte an der Stelle zwei Zahlen nennen, die wir uns vor Augen führen müssen. Wir haben 30.000 Hortplätze - das habe ich bereits im letzten Plenum gesagt -, wir werden keinen weiteren schaffen können. Wir haben 800.000 Grundschülerinnen und Grundschüler in unserem Land. Die Eltern erwarten eine Antwort, ein Angebot, das über eine reine Betreuung deutlich hinausgeht.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen: Wir setzen mit unserer Ganztagsgrundschule den Dreiklang von Bildung, Erziehung und Betreuung um. Ich bin sehr optimistisch, dass das Angebot auch angenommen wird. Warten wir gemeinsam den 31. Mai ab! Das ist die Antragsfrist, die die Kommunen haben. Ich bin sehr erfreut, heute in der "Presseschau" gelesen zu haben, dass Bonn als große Stadt eine Vorreiterrolle in diesem Konzept übernehmen möchte. Ich freue mich ausdrücklich darüber. Ich habe das auch schon von mehreren anderen Städten gehört. So schlecht kann unser Angebot in der Tat nicht sein. Warten wir es in Ruhe ab und informieren wir uns dann, was die Kommunen umsetzen werden.

Klar, wer wünschte sich nicht mehr? Aber auch die von Ihnen immer wieder erhobenen Forderungen sind zumindest jenseits unserer Möglichkeiten. Ihre konkreten Vorwürfe, Herr Recker, werden durch ständige Wiederholungen auch nicht richtig.

Ich habe nie bestritten, dass wir Probleme mit den Mitteln aus "Geld statt Stellen" haben. Ich habe nie bestritten, dass dieser Ansatz um viele Millionen gekürzt worden ist. Das macht mir auch kein Vergnügen - das sage ich auch jederzeit. Aber das ist eine gemeinsame Beschlusslage des Landtages vor dem Hintergrund der gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen, denen wir uns stellen müssen und denen sich auch ein Bereich wie die Schule stellen muss.

Aber ich kann Ihnen bei einer Aussage nicht folgen, und zwar dann, wenn Sie sagen, dass wir in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich der Lehrereinstellungen und in ähnlichen Dingen konsequent versagt hätten; denn dieses Problem, nämlich zusätzliche Lehrer für die vielen Stellen, die ich Ihnen soeben genannt habe, zu gewinnen, ist kein nordrhein-westfälisches Problem, sondern das ist ein bundesdeutsches Problem. Auch in anderen Industrienationen - auch in Finnland, wie

ich kürzlich einem Zeitungsartikel entnehmen konnte – gibt es diese Probleme.

In Nordrhein-Westfalen kann ich darauf hinweisen, dass wir mit der Imagekampagne für Lehrer einen ersten Schritt gemacht haben, den die Kultusministerkonferenz jetzt – zwei Jahre später – nachholt. Es wird erneut eine Imagekampagne geben – diesmal aller Bundesländer, und zwar auf den Überlegungen von Nordrhein-Westfalen basierend. So schlecht kann das also nicht gewesen sein. Und auch die Lehrerverbände und Gewerkschaften haben damals breit dafür geworben und uns bei dieser Maßnahme unterstützt.

Richtig ist auch, dass wir uns weiter darum bemühen müssen, qualifizierte Seiteneinsteiger für unsere Schulen zu gewinnen. Wir werden diese Lehrkräfte natürlich durch berufsbegleitende Maßnahmen so weiterbilden, dass sie einen qualifizierten Abschluss für ein Lehramt bekommen können. Insofern haben wir das getan, was in Bezug auf die Ressourcen in unserem Land möglich war.

Die Aussage von den flächendeckend schlechten Ergebnissen, die Sie hier noch einmal besonders hervorgehoben haben, darf man in der Form nicht stehen lassen. Das bedarf einer Korrektur. Denn es gibt auch Bereiche, in denen Nordrhein-Westfalen in einem guten Mittelfeld platziert ist. Ich erwähne ausdrücklich das Gymnasium. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Im Bereich der Sprachkompetenz bewegt sich unser Gymnasium in einem guten Mittelfeld. Es gibt auch eine hohe Elternzufriedenheit mit dieser Schulform. Und den Bereich der sozialen Kompetenz habe ich bereits angesprochen.

Wir bestreiten aber nicht, dass wir Defizite haben. Wir haben uns im Übrigen heute den ganzen Tag darüber verständigt, welche unterschiedlichen Herangehensweisen wir haben, um diesen Defiziten entgegenzuwirken.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den ich ganz interessant fand. Sie haben gefragt: Was machen Sie eigentlich? Bringen Sie Ruhe in die Schulen, oder betreiben Sie Aktionismus? - Ja, was mache ich eigentlich?

Ich will Ihnen das einmal an zwei oder drei Beispielen verdeutlichen. Bei diesen Beispielen geht es darum, wie wir gemeinsam und nach meiner Auffassung im Dialog unser Schulsystem weiterentwickeln wollen.

Stichwort: Richtlinien für die Grundschule. Ich habe erfahren, dass dann, wenn die neuen Richtlinien im Mai für die Grundschulen kommen, die

Grundschulen mehr Zeit für die Umsetzung dieser neuen Richtlinien haben möchten. Ich habe angeordnet, dass die Grundschulen optional in diesem Schuljahr mit den Richtlinien beginnen können. Wenn sie dies also nicht möchten, haben sie somit ein Jahr Zeit, sich dann darauf vorzubereiten, es im darauf folgenden Jahr zu tun. Ich finde, das ist der richtige Weg, um Schulen reichlich Zeit zu geben, sich auf neue Herausforderungen einzustellen. Diese neuen Richtlinien haben im Übrigen auch Sie gefordert. Auch Sie sagen: Wir müssen entfrachten. Wir müssen uns auf Kernkompetenzen konzentrieren. Das unterstützen Sie doch. Dann aber müssten Sie doch eigentlich ebenfalls sagen, dass das der richtige Weg ist.

Sie haben auch die Profilbildung angesprochen. Sie haben gesagt, einmal gibt es einen Erlass, dann aber wird er wieder aufgehoben. Dazu kann ich Ihnen sagen: Wenn ich in meiner Position erfahre, dass es im Bereich der Profilbildung an vielen Gymnasien Probleme mit der Umsetzung gegeben hat, sofern es um kleine Oberstufen geht – ich hörte von den Konkurrenzen -, und wenn mich dann der Vorsitzende des Philologenverbandes in einem Gespräch ebenfalls noch einmal auf diese Situation hingewiesen hat und ich zugehört habe, dann muss ich handeln. Wenn ich dann den Gymnasien optional die Möglichkeit gebemacht es, oder lasst es, und macht es nicht –, so frage ich Sie: Was erwarten Sie eigentlich von mir? – Ist das Ruhe oder Aktionismus?

(Bernhard Recker [CDU]: Vorher klären!)

Ich denke, das ist genau der richtige Schritt, auf das zu reagieren, was man aus einem System heraus wahrnimmt. Die Folge ist dann die Umsetzung. Man sagt dann: Okay, dann verständigen wir uns. Danach handeln wir dann entsprechend. Es muss aber so gehandelt werden, dass niemand überfahren und überrollt wird. Vielmehr sollte man sagen: Die Schulen haben hier die Möglichkeit, selbstständig zu entscheiden, ob sie diesen Weg gehen möchten. Es geht um die Frage, ob das für die jeweilige Schule passgenau ist. Im Anschluss muss die Schule entscheiden, ob sie diesen Weg geht oder nicht.

Nun geht es um die flexible Schuleingangsphase und die Integration der Schulkinderergartenkinder in die Schulen: Auch hier ist der 1. August 2004 im Schulrechtsänderungsgesetz angestrebt. Das ist so in die Verbändebeteiligung gegangen. Wir haben den Dialog mit allen Beteiligten geführt. Wir haben sehr wohl gehört: Das Instrument und die Idee sowie die Umsetzung finden wir richtig, aber wir brauchen ein Jahr mehr Zeit. Was machen wir, Herr Recker? – Wir beschließen jetzt, damit jeder

weiß, was am 1. August 2005 passieren wird: Die Schulen, die Schulkindergärten und alle in diesem System Beteiligten haben das gewünschte Jahr Zeit, sich auf die neue Situation einzustellen.

Ich frage also erneut: Ruhe, Aktionismus, oder wo ordnen Sie mich nach diesem Einvernehmen mit den Koalitionsfraktionen ein? Ich denke, so kann man im Dialog aus einer schwierigen Situation heraus Maßnahmen weiterentwickeln, ohne dass man in der von Ihnen benutzten Redeform gleich wieder Häme und Polemisierung ins Land streuen muss.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das müssen Sie im Zuge dieser Debatte noch lernen. Meine Frage schließt an die des Herrn Fraktionsvorsitzenden Moron an. Auch ich möchte gerne wissen, Herr Dr. Rüttgers, wie Sie in Ihrer Fraktion auf diesen Dialog reagieren wollen. Was ist die Richtung der CDU? Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir vor dem Hintergrund von Entwicklungen gesprächsbereit sind, dass wir neue Wege gehen wollen, aber immer mit dem Ziel, das Wohl eines jeden Kindes im Auge zu behalten und die individuelle Förderung in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen zu stellen. Auch die individuelle Stärke einer Schule gehört in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen. Es geht uns auch darum, das uns Machbare, was die finanziellen Rahmenbedingungen angeht, möglich zu machen. In diesem Sinne wollen wir Nordrhein-Westfalen im Schulsystem und in der Qualität der Schulen weiterentwickeln.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Reul das Wort.

**Herbert Reul (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe fast vier Stunden der Debatte zugehört und gemerkt, dass viele unterwegs waren, die sich bemüht haben, Gesprächsbereitschaft und Konsensbereitschaft auszuloten sowie zu überlegen, an welchen Stellen man gemeinsam etwas machen kann, und dann kommt eine solche Rede. Dann kommt so eine Rede, Frau Schäfer. Ich verstehe das nicht mehr. Was sollte Ihre Rede an dieser Stelle? - Brauchen Sie uns eigentlich für die Probleme, die zur Lösung anstehen, oder brauchen Sie uns nicht? Wenn Sie uns nicht brauchen und weiterhin in dem Ton mit uns umgehen wie gerade, dass alles in Ordnung und bestens sei und all unsere Vorschläge nicht in Ordnung seien, dann müssen Sie Ihre Sache alleine erledigen. So ist das dann

eben. Dann sind Sie Regierung und müssen Ihre Suppe alleine auslöffeln. So ist das.

(Beifall bei der CDU)

Jürgen Rüttgers und wir haben gemeinsam angeboten, über Fragen der Schule und Bildung zu reden und Konsens auszuloten, wohl wissend, dass es Unterschiede gibt. Wir haben ja nicht aus Versehen zwölf ganz konkrete Punkte vorgelegt, über die wir miteinander reden wollen. Wir haben gefragt, ob es eine Chance gebe. Ich habe an vielen Stellen nur gehört, was alles nicht gehe, und von Frau Schäfer habe ich gehört, wie toll die Lage sei. Sie hat gesagt: "Ich habe angeordnet. Wir haben alles getan. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir werden das schon schaffen." - Das ist keine Grundlage, auf der man ins Gespräch kommt.

Und Herr Moron passt dann mit seinen Anfragen auch nicht mehr in die Landschaft.

(Edgar Moron [SPD]: Warum?)

- Sie müssen sich entscheiden, welchen Weg Sie gehen wollen. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie den Weg der Gemeinsamkeit gehen wollen, ob Sie bereit sind, mit uns über die zwölf Punkte zu reden. Oder Sie sagen: Wenn hier überhaupt geredet wird, dann nur über die Punkte, die wir auf den Tisch des Hauses legen.

(Horst Vöge [SPD]: Das hat er gar nicht gesagt!)

Sie haben präzise Punkte vorgelegt und die Erwartung geäußert, dass hier und heute erklärt werde: Jawohl, jawohl, jawohl.

(Edgar Moron [SPD]: Seien Sie etwas seriöser, Herr Kollege!)

- Herr Moron, die Art, wie Sie die Fragen formuliert haben, und die Art, wie Frau Ministerin hier vorgetragen hat, sind nicht der richtige Ton und die richtige Grundlage, um ein Gespräch zu suchen. So wird das nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Das ist ja nicht zu glauben!)

Sie haben hier die Mehrheit - zwar nicht mehr die absolute Mehrheit - und können mehrheitlich agieren, aber wenn Sie partnerschaftlich mit anderen etwas erarbeiten wollen, dann macht man das anders. Die Grünen wissen ja, was partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Ihnen bedeutet. Mit uns machen Sie das nicht, um es einmal ganz deutlich zu sagen.

(Edgar Moron [SPD]: Ich habe Fragen gestellt, aber auch das passt Ihnen nicht mehr!)

Entweder reden wir offen miteinander oder wir lassen es sein. Darüber müssen Sie sich Gedanken machen.

Ich möchte Ihnen auch noch ein paar Fragen mit auf den Weg geben. Sie haben gefragt: Stehen Sie als CDU zu Ihrem Petersberger Modell? - Selbstverständlich stehen wir dazu.

Haben Sie eigentlich gemerkt, dass uns in der Debatte zur Schulstruktur, die hier geführt worden ist, fast alle Redner von Rot und Grün - ich habe es mitgeschrieben - mal länger und mal kürzer vorgetragen haben, dass die eigentliche Forderung nach PISA die integrierte Schule sei? Glauben Sie, dass das eine gute Ausgangslage für ein Gespräch ist? - Frau Löhrmann erklärt kilometerlang, aber auch die anderen und selbst Frau Ministerin Schäfer erklären - ich kann das hier vortragen -, dass die Selektion das Problem darstelle, dass nach PISA die gegliederte Schule eigentlich am Ende sei und dass letztendlich nur die integrierte Schule die Schulform sei, über die man reden könne.

(Ministerin Ute Schäfer: Ich habe Baumert zitiert!)

- Ja, dann geht es mit uns eben nicht. Das ist auch klar. Wenn Sie der Auffassung sind, das sei das einzige Konzept, dann geht es mit uns nicht. Sie müssen schon nachvollziehen, dass wir nach vielen Jahrzehnten SPD-Mehrheit und Erfahrungen mit Ihnen hochsensibel sind.

(Edgar Moron [SPD]: Ihnen unterstelle ich alles, aber nicht, dass Sie sensibel sind!)

- Herr Moron, ich habe in den Zeitungen gestern gelesen, dass Sie sich hin zu einem Zwei-Säulen-Modell bewegen wollen. Wir sind auch deshalb hochsensibel, weil wir wissen, dass Sie auf Ihrem letzten Landesparteitag zu Bildungsfragen 1993 - das war damals auch so ein großer öffentlich verkündeter Aufbruch - gesagt haben: Wir machen jetzt unseren Frieden mit allen Schulformen. Die Realschulen, die Hauptschulen, die Gesamtschulen, die Gymnasien - alle soll es geben. Viele Menschen haben durchgepusht und gemeint: Endlich haben sie es kapiert. - Nun erklären Sie, es gehe nur mit zwei Säulen, und alle, die hier vorgetragen haben, sagen, es gehe eigentlich nur mit einer Säule.

Können Sie nicht nachvollziehen, dass dieser Punkt sehr wohl zur Nachfrage berechtigt: Was wollen die eigentlich? Wollen sie nur öffentlich eine bestimmte Wirkung erzielen, oder wollen sie sich in der Sache bewegen? Wollen sie wirklich Abstand nehmen von ihrer Integrationsideologie

um jeden Preis? Sind sie bereit, über andere, neue Formen von Schulorganisation nachzudenken, in denen andere außerordentlich erfolgreiche Arbeit geleistet haben?

Dies gilt genauso für Ihre Position zur offenen Ganztagschule. Sie fragen uns: Wollen Sie eine offene Ganztagschule? Ja oder Nein? - Die Antwort machen Sie an unserer Aussage dazu fest, ob die Grundschule als Ganztagschule Pflicht für alle sein solle. - Das ist unstrittig.

Aber bei der offenen Ganztagschule stellt sich doch nicht die Frage: Pflicht oder nicht Pflicht?

(Edgar Moron [SPD]: Doch!)

- Nein. Schauen Sie es sich noch einmal an. Bei der offenen Ganztagschule stellt sich die Frage, ob sie mit pädagogischem Personal professionell als Schule oder ob sie mit dem Konzept betrieben wird, das Sie vorschlagen und das wir nicht für professionell genug und nicht mit genügend Fachkompetenz ausgestattet halten. Das ist ein inhaltliches Problem und hängt nicht damit zusammen, ob man es freiwillig oder nicht freiwillig angehen will. Darüber muss man diskutieren, weil wir eine andere Meinung haben. Das ist richtig.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Sie fragen: Sind Sie für die selbstständige Schule? Ja oder Nein? - Die Antwort fällt relativ leicht. Ich weiß nicht, wie lange wir schon darüber debattieren, dass es mehr Freiräume für die Schule geben müsse. Es geht nur um die Felder und die Grenzen. Wo sind Notwendigkeiten, dass der Staat Vorgaben macht, dass Kontrollen stattfinden oder dass Standards gesetzt werden? - Bei diesen Fragen befinden wir uns doch wieder mitten in der Debatte. Es stellt sich nicht die Frage nach dem Ja oder Nein, sondern nach dem Wie, dem Wieweit und wo die Grenzen sind.

Jürgen Rüttgers hat damals breit vorgetragen, wir hätten uns gewünscht, dass es dieses Mehr an Freiräumen für Schulen schon heute gäbe und dass Sie weniger Vorschriften machen würden. Aber schauen Sie sich die Erlasssammlung an. Es gibt schon wieder einen neuen Erlass, wonach die Schulen die Sportrichtlinien in den Schrank zu stellen haben. Wenn Sie es ernst nähmen, könnten Sie die bürokratische Gängelung des Schulwesens schon jetzt viel weiter zurücknehmen, und Sie könnten Schulen und Lehrern wesentlich mehr Freiräume für ihre pädagogische Arbeit geben.

Das machen Sie aber nicht, und das ist es, was uns ärgert. Natürlich sind wir dabei, wenn Sie die Freiräume ausweiten. Es ist 100%ig klar, dass wir

mitmachen. Aber wir legen Wert darauf, dass die Qualität und die Leistungsanforderungen an unseren Schulen nicht auf der Strecke bleiben. Das muss auch geklärt werden, um es hier vorzutragen.

(Beifall bei der CDU)

Dann sprechen Sie von zwölf Jahren, in denen man das Abitur machen könne, und Herr Degen trägt vor, dass könne er sich vorstellen, wenn erstens die flexible Schuleingangsphase käme, wenn zweitens die Ganztagschule für alle da wäre und wenn es drittens eine flexible Organisation der Oberstufe gäbe. Ich habe allerdings gelesen, dass Sie in der SPD-Fraktion vorgetragen haben, das irgendwo in der Oberstufe einzusparen. Kollegen von Ihnen - die jungen Wilden - haben im November ein Papier vorgelegt und gefordert, es solle das Halbjahr 13 II wegfallen.

Natürlich wollen wir eine kürzere Schullaufbahn für diejenigen, die Abitur machen wollen; das haben wir 27 Mal zur Abstimmung gestellt, aber Sie haben es immer abgelehnt. Wir wollen den Weg des Gymnasiums auf acht Jahre verkürzen. Allerdings wollen wir inhaltlich an den richtigen Stellen kürzen. Wir wollen im Mittelstufenbereich kürzen, weil wir glauben, dass die, die von der Haupt- oder Realschule in die Oberstufe wechseln, drei Jahre Zeit brauchen und haben müssen, um eine Chance zu haben, als Abschluss das Abitur zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Da unterscheiden wir uns.

Zu den Zentralprüfungen. Natürlich sind wir für zentrale Prüfungen. Nur: Ich möchte von Ihnen wissen, was Sie mit zentralen Prüfungen meinen. Meinen Sie eigentlich das, was wir auch meinen? - Die einen reden von teilzentralen Prüfungen. Ein anderer von Ihnen hat gesagt, er könne sich zentrale Prüfungen in bestimmten Fächern vorstellen. Ein Dritter hat heute vorgetragen, es gehe nur, wenn man das jeweilige Schulprofil berücksichtigen würde. Also, die Einzelschule müsste der Maßstab sein und nicht ein vergleichender Maßstab von Anforderungen, die über alle Schulen gelegt werden.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, das ist ein kleiner Unterschied. Sie benutzen das gleiche Wort, meinen offensichtlich was anderes. Lassen Sie uns in der Sache intensiv darüber streiten, ob unser Vorschlag oder Ihr Weg der richtige ist. Wir zweifeln zunehmend daran, genau wie immer mehr Bürgerinnen und Bürger, dass es Ihr Weg ist. Denn die Schullandschaft in Nord-

rhein-Westfalen sieht im Moment nicht so aus, als dass wir alle zufrieden sein könnten. Die Kinder zahlen die Zeche für das, was an falscher Schulpolitik gelaufen ist und läuft.

(Beifall bei der CDU)

Das wollen wir ändern. Das ist unser Motiv. Das ist der Grund, warum Jürgen Rüttgers Ihnen ganz konkret gesagt hat: Das ist ein Thema, bei dem es uns auch schwer fällt. Wir haben uns z. B. im Ganztagsschulbereich massiv bewegt. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit. Aber es geht nicht nach dem Motto: Wir von der SPD diktieren die Preise, Ihr macht bitte das, was wir wollen. Sondern es geht nur dann, wenn man offen ins Gespräch geht und sich nicht hinter Worthülsen und Begrifflichkeiten und anderen Inhalten versteckt.

Ich zweifle, ob Sie wirklich eine gegliederte differenzierte Schullandschaft wollen oder ob Sie nicht am Ende nach dem, was ich heute gehört habe, an der Stelle eine ganz andere Idee haben, nämlich das Finnland und Schweden das Heil der Welt sind. Ich empfehle, einmal genau hinzusehen, warum es dort gute Ergebnisse gibt und ob diese wirklich in einer Schule ohne Noten, ohne Versetzungen und ohne jegliche Unterschiede in den Schullaufbahnen begründet sind. Das wage ich zu bezweifeln. Lassen Sie uns das einmal genau ansehen und in der Sache ernsthaft diskutieren.

Es bleibt unser Angebot: Wir wollen die Gemeinsamkeit. Aber wir wollen die Gemeinsamkeit zum Wohle der Kinder in unserem Lande. Wir werden das nicht zu Billigpreisen veranstalten. Am Ende muss stehen, dass die Situation für unsere Kinder und Jugendlichen besser wird und nicht mehr so schlecht ist wie bisher. Das und sonst keiner ist unser Maßstab.

(Lang anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Reul. - Für die Landesregierung hat jetzt noch einmal Frau Ministerin Schäfer das Wort.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte eben den Eindruck, Herr Reul, Sie haben alles, was wir heute Morgen am Anfang der Debatte schon einmal gehört haben, zurückgeholt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben jetzt komplett die Rolle rückwärts geschafft.

(Sylvia Löhmann [GRÜNE]: Jetzt liegt er im Schützengraben!)

Der Schluss ist so markant. Sie sagen: Wir wollen die Gemeinsamkeit - aber nur zu unseren Bedingungen.

(Herbert Reul [CDU]: Nein!)

- Doch, so klang das. Nicht anders habe ich das vernommen. Sie sind damit eingestiegen, dass ich mit meinem zweiten Beitrag diesen möglichen Dialog schon wieder infrage gestellt hätte. Ich habe aber lediglich auf Herrn Recker reagiert, über den ich mich heute doch gewundert habe.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Sie entscheiden nicht, was hier läuft! Damit das klar ist! - Zuruf von der SPD: Sie aber auch nicht!)

Sie haben gerade gesagt, Rot-Grün entscheidet. Damit haben Sie Recht. Wir würden aber gerne unsere Kinder und Jugendlichen auf den Weg mitnehmen. Den haben Sie uns gestern mit einem Zwölf-Punkte-Programm angeboten und erklärt, dass es doch Annäherungen gäbe. Nach den Wortbeiträgen habe ich aber den Eindruck, Sie reden wieder darüber, das zehnte Pflichtschuljahr zu streichen, Sie reden über das dreigliedrige Schulsystem. Sie haben immer noch nicht wahrgenommen, dass die Frage der Selektion und ihrer Begleiterscheinungen eine Erkenntnis einer wissenschaftlichen Studie ist und nicht etwas, was wir uns hier ausgedacht haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das kann man auch schwarz auf weiß nachlesen. Das ist nicht von Rot-Grün, sondern vom Max-Planck-Institut, das die PISA-Studie ausgewertet hat. Aufgrund dieser Auswertungen haben wir sehr differenziert in den verschiedenen Redebeiträgen - ich verweise auch noch einmal auf das, was Herr Flessenkemper zu dem Bereich vorgebracht hat - vorgestellt, wie wir den weiteren Fortschritt sehen. Dass das nicht nach anderthalb Jahren fertig sein kann, haben wir immer betont. Es ist ein Prozess, in dem man sich weiterentwickelt. Ich habe den Eindruck, dass das auch geschieht. Das haben Sie auch festgestellt. Das ist auch in Ordnung so. Insofern habe ich noch einmal das Bedürfnis, zum Ausdruck zu bringen, dass ich es schade finde. Am Anfang habe ich noch gesagt, ich freue mich, jetzt bin ich ein bisschen pessimistisch geworden, aber vielleicht bekommen wir den Dreh noch. Ich würde dann gerne mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU das Gespräch führen und eher nicht mit dem scheidenden Generalsekretär.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir durch den Ausschuss für Schule und Weiterbildung keine Beschlussempfehlungen zu den vorliegenden Anträgen erhalten haben, sodass wir über den Inhalt der Anträge abstimmen müssen. Ich rufe die Anträge nacheinander auf.

Wir beginnen mit dem **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/2164**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Antrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/2809**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen nun zum **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2810**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Antrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 13/2811 - Neudruck**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/2660**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe auf: